

ERFURTER DIALOG



Prof. Dr. Hans-Werner Sinn
„Deutschland im Sturmwind
der Globalisierung“

ERFURTER DIALOG

Thüringer Staatskanzlei
28. November 2006

Ansprache des Thüringer Ministerpräsidenten
Dieter Althaus

Seite 7

Vortrag Prof. Dr. Hans-Werner Sinn
„Deutschland im Sturmwind der Globalisierung“

Seite 14



Der Thüringer Ministerpräsident Dieter Althaus und Prof. Dr. Hans-Werner Sinn
beim Erfurter Dialog

Dieter Althaus

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf Sie alle ganz herzlich am heutigen Abend in der Thüringer Staatskanzlei zum „Erfurter Dialog“ begrüßen. Ganz besonders freue ich mich, dass es möglich wurde, Herrn Professor Dr. Hans-Werner Sinn zum Dialog einzuladen. Er ist zu uns gekommen, um uns über „Deutschland im Sturmwind der Globalisierung“ zu informieren und gleichzeitig auch mit uns ins Gespräch zu kommen.

Ich freue mich auch, dass viele, die regelmäßig am Erfurter Dialog teilnehmen, ebenfalls die Gelegenheit nutzen. Ich begrüße ganz herzlich den Präsidenten des Thüringer Verfassungsgerichts Herrn Graef, meine Kollegen aus dem Thüringer Landtag und meine Kabinettskollegen: den Innenminister Herrn Dr. Gasser und den Justizminister Herrn Schliemann. Ich begrüße auch die Staatssekretäre, Herrn Dr. Aretz vom Wirtschafts-, Technologie- und Arbeitsministerium, Herrn Professor Juckenack vom Ministerium für Landwirtschaft, Naturschutz und Umwelt und vom Justizministerium Herrn Hütte und sowie Frau Staatssekretärin Dr. Meyer, die hier in der Staatskanzlei zuständig ist für den Bund.

Ich darf für die Vertreter der Hochschulen stellvertretend zwei Rektoren begrüßen: Herrn Professor Dicke von der Friedrich-Schiller-Universität Jena und von der Bauhaus-Universität Weimar, Herrn Professor Zimmermann. Ich freue mich auch, dass die Wirtschaft aktiv vertreten ist und will stellvertretend den Präsidenten der IHK Ostthüringen zu Gera, Herrn Franz von Falkenhausen, und den Präsidenten des Verbandes der Wirtschaft, Herrn Botschatzki begrüßen. Ich begrüße ebenso herzlich – jetzt sehe ich Herrn Professor Heller noch, den Rektor der Fachhochschule in Schmalkalden – auch Landräte, Bürgermeister und Oberbürgermeister, besonders aber die Vertreter von Unternehmen, die international aktiv sind. Bei diesem Dialog-Thema sind sie sicher mit besonderer Spannung dabei.

Ich freue mich, dass wir erneut zu einem „Erfurter Dialog“ einladen können, zu einem Thema, das für Thüringen – in der Mitte Deutschlands, in der Mitte Europas gelegen – natürlich von besonderer Spannung ist.

Wir sind in wenigen Tagen wieder auf einer Wirtschaftsreise nach Russland; wir werden im Januar zu einer Wirtschaftsreise in die USA fliegen. Und wir waren vor wenigen Monaten in China. Thüringen hat aber auch versucht, sehr viele Kontakte zu knüpfen in die direkte Nachbarschaft nach Ost- und Mitteleuropa. Das wird sich im nächsten Jahr fortsetzen, um den Wirtschaftsstandort Thüringen weiter zu stärken.

In der Thüringer Staatskanzlei wurde der „Erfurter Dialog“ 1993 neu etabliert, aber seine geschichtlichen Wurzeln liegen tiefer. Schon zwischen 1699 und 1802 fanden in diesem Haus regelmäßig ähnliche Veranstaltungen statt. Die damalige Kurmainzische Statthalterei war Zentrum der gesellschaftlichen Diskurse – hier in Erfurt und auch für die Umgebung. Ein Stück weit ist dieser „Erfurter Dialog“ also an die Geschichte angelehnt. Er gibt uns heute die Möglichkeit, über interessante Vorträge zu diskutieren und daraus Impulse für Politik, Wirtschaft und für uns insgesamt abzuleiten.

Dass dies die Globalisierung ein besonders spannendes, ja herausforderndes Thema ist, ist uns allen sehr bewusst. Ich erzähle jetzt nicht vom gestrigen Parteitag in Dresden: Da fand die Globalisierung nur im geringen Umfang statt! Aber, sie ist eine Realität! Ein Kollege von Professor Dicke an der Jenaer Universität, Herr Professor Kodalla, hat vor wenigen Tagen bei einem Kongress für die Politik und die Institutionen unserer Gesellschaft das Bild vom „rasenden Stillstand“ geprägt.

Also: auf der einen Seite passiert viel; aber für das, was eigentlich passieren müsste, ist nach seiner Auffassung zu wenig an konkreter Veränderung zu spüren und deshalb gibt es Stillstand. Das wird sicher nicht ganz die Wahrheit treffen. Aber, dass sich Politik schwer tut mit der Globalisierung, das liegt, so denke ich, auf der Hand. Vor allem wohl deshalb, weil die Planbarkeit auch von politischen Entscheidungen und deren Auswirkungen sich sehr stark relativiert hat. Wir müssen daher viel stärker Risikobereitschaft fördern und auch politisch stützen.

Auf der anderen Seite ist die Globalisierung für uns natürlich eine riesengroße Chance. Nicht nur, weil wir selbst ein Stück positives Ergebnis dieser Globalisierung sind. Denn, die Wiedervereinigung Deutschlands wäre wohl nicht zu Stande gekommen, wenn nicht dieser internationale Veränderungsdruck über die Informations- und Wissensgesellschaft letztlich auch die Grenzen des Kommunismus zum Einfall gebracht hätte. Auf der anderen Seite bieten sich aber auch Chancen dieser internationalen Wirtschaftsentwicklung – gerade für Unternehmen, die zu Forschungs- und Entwicklungsperspektiven einen besonderen Bezug haben.

Ich komme gerade aus Jena, wo Schott heute ein sehr interessantes Institut eröffnete. Dort wird Flachglas hergestellt in höchster Qualität, einmalig in Deutschland und Europa, aber zu 100% veredelt in Asien. Das heißt: wir sind die Produzenten ganz am Anfang, aber alle weiteren Stufen der Veredelung finden innerhalb der Wertschöpfungskette, u. a. in Korea, statt.

So kann man eine ganze Reihe von Beispielen nennen, wie entscheidend internationale Arbeitsteiligkeit auch für unsere Unternehmen ist. Sie ist zwingend, aber sie muss immer dazu genutzt werden, dass auch in Thüringen und in Deutschland Forschung, Entwicklung und Produktion stattfinden. Nur so bleibt am Ende auch das gesellschaftliche Leben organisiert.

Mit Professor Sinn haben wir heute einen Gesprächspartner, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Er sagt häufig auch Dinge, die nicht unbedingt allen gefallen, die zum Widerspruch anregen, manche auch aufregen. Seine Aussagen sind wichtig, weil er der Gesellschaft den Spiegel vorhält, um zu informieren und um die Chancen wie die Risiken zu zeigen.

Herr Professor Sinn, Sie sind in Ihrer wissenschaftlichen Laufbahn immer wieder, auch gerade in den letzten Jahren, durch interessante, aktivierende Vorschläge öffentlich geworden. Seit 1994 sind Sie Ordinarius der Münchner Ludwig-Maximilian-Universität. Seit 1991 sind Sie Vorstand des von Ihnen aufgebauten Center for Economic Studies in München, seit mehr als 17 Jahren sind Sie Mitglied des Wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium und von 1992 bis 1994 waren Sie Vorsitzender der Expertenkommission für Wohnungspolitik. Und, was jeder zu aller erst nennt: Sie sind Chef des bekannten und auch sehr stark in die Öffentlichkeit hinein wirkenden ifo Instituts.

Sie sind jemand, der die wissenschaftliche Arbeit mit der Öffentlichkeitsarbeit immer sehr stark verbunden hat und verbindet, was wichtig ist. Wissenschaftliche Erkenntnisse oder Lösungen für schwierige Probleme zu entwickeln ist ebenso bedeutsam, wie etwas zur konkreten Anwendung und Kommunikation zu sagen. Ich denke, das ist ein besonders wichtiger Beitrag in einer sich so stark wandelnden und verändernden Welt.

Seit einigen Wochen weise ich immer auf ein Buch hin, das mir freundlicherweise von Professor Morneweg empfohlen worden ist. Es schrieb ein Amerikaner, der einmal untersucht hat, warum sich die Welt so fundamental veränderte. Dieses Buch, „Die Welt ist flach“, steht jetzt auch in deutscher Sprache zur Verfügung. Der Autor nennt zehn Faktoren, die die Veränderungen besonders

ausgemacht haben, interessant sind die ersten drei: Der erste Faktor: der 9. November 1989. Mit dem Zerfall der Blöcke sind die letzten Grenzen auch für die Globalisierung aufgebrochen worden.

Und der zweite Faktor, der 9. August 1995: Das „World Wide Web“ wurde umfassend eingeführt. Seitdem ist die jeweilige, möglicherweise an einen Ort gebundene Erkenntnis, auch weltweit verfügbar. Und der dritte Aspekt: die Digitalisierung unserer gesamten Arbeitswelt.

Dies alles hat ganz konkrete Folgen, die wir alle spüren. Es sind nicht nur Folgen für eine nationale Ökonomie, sondern auch Folgen für unsere Werteordnung. In diesem Zusammenhang freue ich mich, dass auch Vertreter der Kirchen heute da sind und begrüße ganz besonders Herrn Bischof Dr. Wanke.

Meine Damen und Herren, die Globalisierung hat nicht nur mit gesellschaftlichen Regeln, z. B. des Steuerrechts oder des Sozialstaatsrechts zu tun, sie ist auch eine Frage der Wertebezüge. Das ist, glaube ich, doch die besondere Spannung, die wir in der Politik auszuhalten haben. Wir müssen Regeln finden, die gutes Wirtschaften in Deutschland, in Thüringen, weiter ermöglichen, gleichzeitig müssen wir aber auch unsere verfasste Grundordnung erhalten! Es geht um die Grundwerte, die im Grundgesetz niedergelegt sind und die letztlich auch etwas mit unserer Identität als christliches Abendland zu tun haben.

Auch an dieser Stelle erweist sich die Globalisierung als Herausforderung. Denn es gibt wohl kein Volk auf der Welt, das die eigenen Wurzeln so stark aufgibt wie das deutsche. Eine Identitätsfindung über den Glauben, über den Bezug zu den eigenen Werten ist in vielen außereuropäischen Ländern oder anderen Kontinenten in verstärkter Form festzustellen. In Deutschland und auch insgesamt in Europa ist dagegen genau der umgekehrte Trend feststellbar.

Also, die Globalisierung hat nicht nur konkrete wirtschaftliche und wissenschaftliche Bezüge, auf die die Politik neue Antworten finden muss, sondern auch Bezüge im Blick auf unsere innere Verfasstheit. Deshalb sind diese Debatten von so großem Wert.

Ich gebe gern zu, dass es einfacher ist, kurzfristige Lösungsperspektiven zu suchen. Wie kann man z. B. in den nächsten ein – zwei Jahren durch geeignete Entscheidungen Stimmungen und Wirklichkeit in ein vernünftiges Miteinander bringen? Ich glaube aber, dass dies mittelfristig nicht erfolgreich ist.

Ja, wir brauchen eine Veränderung in Deutschland, die auf längere Frist die Chancen der Globalisierung deutlich stärker benennt, die aber ebenso die Risiken mitbenennt.

Allein der Faktor zwei, von dem ich gesprochen habe, das Internet, also die Verfügbarkeit des Wissens an jedem Punkt dieser Welt, bringt ja eine ganz neue Dynamik in die Entwicklung.

Ich begrüße jetzt auch die Präsidentin des Thüringer Landtages, Frau Professor Schipanski, die gerade gekommen ist und die bekanntlich einen besonderen Bezug zum ifo Institut hat.

Mit dem Internet haben wir den Zugang zu den Werkzeugen an jeder Stelle dieser Welt. Wenn ich diesen Zugang mit den Personen verbinde, die die Werkzeuge nutzen, so bin ich an jeder Stelle dieser Welt gleichproduktiv. Da die Menschen sehr mobil sind, besonders die Leistungsstarken, ist dies auch eine Herausforderung für ein demographisch stark belastetes Land wie Deutschland.

Dass junge Menschen da sehr rational für sich entscheiden, konnte ich kürzlich in einer Gesprächsrunde mit jungen Unternehmern erleben, die alle um die 30 Jahre waren. Sie sind in Deutschland und weltweit aktiv tätig, häufig in selbstgegründeten aufstrebenden Unternehmen, und nicht ein einziger dieser jungen Unternehmer hat als Priorität Deutschland gesehen. Für sie gilt als Priorität der Erfolg des Unternehmens – egal an welchem Ort dieser Erfolg realisierbar ist, ob in Deutschland oder an anderer Stelle. Wie es einem Land gehen kann, wenn der Geist auszieht, das konnte man schon manchmal in Deutschland erleben.

Es gibt ein Buch von Uwe Müller über die Wiedervereinigung und die verpassten oder genutzten Chancen, das ich natürlich sehr kritisch auch diskutiere. Aber, was in diesem Buch richtig beschrieben ist, ist zum Beispiel der sehr starke Braindrain, der seit dem 2. Weltkrieg die neuen Länder – oder damals die sowjetische Besatzungszone und dann die DDR – ergriffen hatte. Über sechs Millionen Menschen haben nach dem 2. Weltkrieg diesen Teil Deutschlands verlassen, sind in den freien Teil Deutschlands gegangen. Damals machte diese Bevölkerung noch 28 Prozent der deutschen Bevölkerung aus, heute sind es zwischen 17 Prozent und 18 Prozent. Und sehr viele, die gegangen sind, haben ihre Chancen an anderen Orten, wo sie ihre Entwicklung fanden, umfassend

genutzt. Zum Nutzen für sich persönlich, aber natürlich auch zum Nutzen für die Region, für das Land, in dem sie zu Hause sind.

Wir müssen deshalb jungen Menschen heute und hier eine Perspektive geben, jenen, die in der Schule, Ausbildung oder in der Hochschule sind; dieses ist etwas ganz Wichtiges.

Wenn man heute in Baden-Württemberg oder Bayern unterwegs ist, erlebt man dort immer wieder, dass die demographische Herausforderung noch nicht so richtig präsent ist. Warum? Weil es in Ländern wie Baden-Württemberg oder Rheinland-Pfalz immer noch Bevölkerungszuwachs gibt. Dieser Bevölkerungszuwachs ist aber ein reiner Wanderungszuwachs, der durch Ost-West-Wanderung stattfindet. Er belastet uns natürlich, für andere Länder ist er im Moment ein Vorteil. Auch das ist eine wichtige Frage im Blick auf die aktuelle Herausforderung. Es gibt verschiedene Antworten für die deutsche Politik, wie man sich auf die Globalisierung mutiger und konsequenter einstellen kann.

Ich selbst habe mit dem Bürgergeld auch einen Vorschlag mit eingebracht, von dem ich glaube, dass er in den nächsten Jahren in dieser oder adaptierter Form an Dynamik und Durchsetzungskraft gewinnen wird.

Meine Damen und Herren, ich lese gerade von Jean Claude Juncker, dass er ähnliche Vorschläge für Europa insgesamt unterbreitet hat. Auch in Österreich findet eine solche Debatte derzeit statt. Ja, wir brauchen Veränderungen, damit die Standortbedingungen für die Wirtschaft optimal bleiben und damit am Ende auch der Kreislauf, der eine Gesellschaft zusammenhält, gewährleistet bleibt.

Es gilt das gleiche Credo, das Ludwig Erhard in den späten 40er, frühen 50er Jahren gesagt hat, auch für die heutige globalisierte Welt: Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann die Gesellschaft ihre eigentlichen Ziele erfüllen! Das heißt: All das, was wir berechtigterweise tun wollen – im Blick auf Kultur, auf Bildung, auf Infrastruktur, auf die Sozialstruktur – hat eine konkrete Quelle: die Wirtschaft.

Dass wir hier hervorragende Ausgangsbedingungen hatten und haben, kann man in Städten wie Jena oder hier in Erfurt, aber auch in Ilmenau, in Schmalkalden oder in Eisenach sehen, wo wir überall schon deutschlandweit Zeichen setzen.

Vor wenigen Tagen konnten wir z. B. in Weimar den Grundstein für ein neues Institut legen: ein Zentrum für intelligentes Bauen. Auch von so einem Institut gehen Forschungs- und Entwicklungspotentiale für eine ganz wichtige Zukunftsbranche aus.

Wir haben oft viel mehr Potentiale, als vielleicht auf den ersten Blick sichtbar sind. Aber diese Potentiale müssen gepflegt werden, müssen wachsen können und dazu muss die Politik die Weichen stellen.

Ich freue mich sehr, dass Professor Sinn heute bei uns ist. Mit seinem Vortrag zu den Chancen und Risiken der Globalisierung wird er uns gewiss viele Anstöße geben, die wir daran im Anschluss in einer vermutlich ebenso interessanten Diskussion erörtern werden. Ich darf Sie um Ihren Vortrag bitten!

Prof. Dr. Hans-Werner Sinn¹: „Deutschland im Sturmwind der Globalisierung“

Herr Ministerpräsident, Frau Landtagspräsidentin, Exzellenzen, meine Damen und Herren! Vielen Dank, dass Sie heute zu mir gekommen sind, um diesen Vortrag zu hören und dass ich bei Ihnen sein darf für eine Diskussion.

„Deutschland im Sturmwind der Globalisierung“ ist das Thema. Es ist ein langfristiges, strukturelles Thema. Es geht nicht um die Konjunktur, die läuft ja prächtig. Wie Sie wissen, hat das ifo Institut letzte Woche gerade seine neuesten Zahlen veröffentlicht. Wir erhalten ja jeden Monat 7.000 Unternehmensmeldungen. Das Ergebnis: die Unternehmen sind im Höhenflug. Das kann man gar nicht anders ausdrücken. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials ist sehr hoch, und diese Kraft wird uns ins nächste und ins übernächste Jahr noch tragen. Aber, das alles hat mit langfristigen, strukturellen Fragen nichts zu tun. Die Auslastung des Produktionspotentials verändert sich konjunkturell. Mal geht sie rauf, mal runter. Das wirtschaftliche Wachstum wird durch ganz andere Kräfte gesteuert. Es wird gesteuert durch die Entwicklung des Produktionspotentials selber bzw. durch dessen Veränderung und durch strukturelle Anpassungsreaktionen der Wirtschaft. Das ist das Thema von heute.

Nun, die Globalisierung ist ein schleichender Prozess, der aber in der letzten Zeit durch die Beteiligung der ex-kommunistischen Länder am Weltmarkt enorm an Bedeutung gewonnen hat. Sie haben es, Herr Althaus, schon gesagt. Die Welt ist halt doch nicht mehr dieselbe, wenn man bedenkt, was hier passiert ist.

Der Fall des Eisernen Vorhanges hat 28 Prozent der Menschheit hinzugefügt, die das Marktspiel jetzt genauso spielen, wie die 15 Prozent OECD-Menschen, die vorher das praktisch unter sich ausgemacht haben. Und wenn man Indien noch hinzurechnet, dann reden wir hier über 45 Prozent der Menschheit. Allein diese Größenordnung, 45 versus 15 Prozent OECD-Länder, zeigt das Problem.

Die in der westlichen Welt notwendigen Anpassungsprozesse werden so gravierend sein und so viel Zeit brauchen, dass wir alle tot sein werden, bis sie so einigermaßen zum Abschluss gekommen sind und die Welt ihr neues Gleichgewicht gefunden hat. Das muss man wissen!

¹ Es handelt sich bei diesem Beitrag um eine von der Staatskanzlei Thüringen erstellte Mitschrift, die von Robert Koll vom ifo Institut, nicht aber von Prof. Sinn selbst redigiert wurde.

Die neuen Bundesländer waren auch kommunistisch, aber sie zählen für die Zwecke meiner Analyse natürlich zum Westen. Denn: alles, was hier institutionell abläuft, ist im Wesentlichen auf Westniveau, weil man die Seiten praktisch gewechselt hat.

Manche sagen: „Ja, sollen wir uns diesem internationalen Wettbewerb stellen, muss das überhaupt sein?“ Bei dieser Frage kann ich nur mit den Schultern zucken. Die Chinesen z. B. fragen auch nicht, ob sie mitmachen dürfen, die machen einfach mit. Der Wettbewerb findet statt. Nichts, aber auch gar nichts, was uns Deutschen zur Verfügung steht, kann an diesem Wettbewerb irgendwas ändern.

Es gibt Leute, die reden vom Primat der Politik. Als könne man, als einzelnes Land, die Globalisierung mit ihren Kräften einfach ausschalten, das ist völliger Unsinn! Da sind Kräfte und Mächte am Werk, viel stärker, als alles, was der deutschen Politik jemals zur Verfügung steht.

Natürlich, ich sehe auch Herrn Rüttgers, wie er versucht, sein Schiff jetzt flott zu machen. Doch der Sturm kommt und die Wellen schlagen hoch. Er fährt auf das Meer hinaus, ja, aber er wird untergehen mit der Strategie, so einfach ist das nicht. Gegen den Sturm und diese Mächte, die sich da aufbauen, hat auch Herr Rüttgers keinerlei Möglichkeiten zur Verfügung. Leider hat das Ganze nicht viel zu tun mit Gerechtigkeit. Der Markt ist blind: Der Kapitalismus, der seine Kräfte entfaltet, schert sich einen Dreck um die Gerechtigkeit.

Die Frage in dieser Zeit ist, ob wir Deutschen noch wettbewerbsfähig sind. Das möchte ich mit Ihnen diskutieren. Dann möchte ich etwas sagen zum Stichwort „Basarökonomie“, also Outsourcing/Offshoring. Dann möchte ich versuchen, diese Phänomene, die man empirisch beobachtet, zu bewerten. Und dann möchte ich zum deutschen Rätsel kommen, wie es sein kann, dass wir außenhandelsmäßig so toll dastehen, aber Probleme haben beim Binnenmarkt. Zum Schluss will ich dann auch zu politischen Schlussfolgerungen kommen.

Also beginnen wir mit der Frage „Sind wir noch wettbewerbsfähig?“. Die bewegt viele. Aber diese Frage ist eigentlich schon völlig falsch gestellt. Denn, es ist gar nicht klar, wer das Subjekt dieser Frage ist. Sind hier die deutschen Unternehmen oder die deutschen Arbeitnehmer gemeint? Das ist nicht mehr dasselbe. Die Unternehmen kommen ja im Großen und Ganzen ganz gut zurecht. Klar, wir hatten letztes Jahr einen Pleiterekord der Nachkriegszeit, aber

jetzt verbessern sich die Zahlen doch schon wieder. Wer überlebt hat, der stellt sich offenbar ganz gut auf. Die Gewinne sprudeln, der Dax jagt von einem Rekord zum anderen. Es gibt keinerlei Anhaltszeichen dafür, dass die Unternehmen jetzt größere Probleme hätten. Andererseits: Die Arbeitnehmer haben offenkundig Probleme. Zwei Winter hintereinander hatten wir über 5 Millionen Arbeitslose in Deutschland. Das bedeutet, dass 5 Millionen Menschen offenbar nicht mehr wettbewerbsfähig waren. Nicht mehr wettbewerbsfähig ist man, wenn man ein Preis-Leistungs-Paket auf dem Arbeitsmarkt anbietet, das nicht genug Kunden findet. Und das war offenbar für 5 Millionen Menschen der Fall.

Die Gesellschaft zerbricht, sie fällt in zwei Teile: Auf der einen Seite haben wir die Unternehmen, die sich international sehr gut aufstellen. Die Dax-Unternehmen sind alle international tätig, die Gewinne kommen zum großen Teil ja aus dem Ausland. Auf der anderen Seite haben wir die Arbeiter, die hier in die Röhre schauen und sukzessive entlassen werden. Das ist das Thema, um das es geht.

Ob die deutschen Arbeitnehmer wettbewerbsfähig sind, hängt also von ihrem Preis-Leistungs-Verhältnis ab. Man kann natürlich teurer sein als die Chinesen, gar keine Frage. Wenn man entsprechend besser ist, kann nicht die Rede davon sein, dass man wegen der Kräfte der Globalisierung auf das chinesische Lohnniveau runter müsste. Aber man kann natürlich nur so viel teurer sein als die Chinesen, als man auch besser ist. Wenn man noch teurer ist, als man besser ist, hat man ein Problem.

Wie gut wir Deutschen sind, ist ein schwieriges Thema. Darüber könnte man einen eigenen Vortrag halten – und dies können andere hier in der Runde sicher noch viel besser als ich.

Mir fällt da vieles ein: z. B. die duale Ausbildung. Sie ist ja wirklich eine tolle Stärke dieses Landes ist. Wenn Sie mich fragen, was es denn ist, was die Qualität der deutschen Arbeit an erster Stelle überhaupt begründet hat, dann würde ich sagen: die duale Ausbildung. Dann kommt lange gar nichts – und dann kommen die Universitäten. Also, da gibt es schon Stärken, die wir haben, ohne Zweifel.

Andererseits kommt einem automatisch das PISA-Ergebnis in den Sinn, was die Qualität unseres Schulsystems betrifft. Das scheint ja nicht so toll zu sein. Beim letzten PISA-Test waren wir nur Durchschnitt. Wir lagen genau beim OECD-Durchschnitt. Von den 30 entwickelten Ländern der Welt genau in der

Mitte beim zweiten Test. Beim ersten Test, der vor fünf Jahren stattfand, waren wir noch im unteren Drittel. Sie erinnern sich an diese Ergebnisse. Inzwischen hatten die Lehrer gelernt, wie man sich auf solche Tests vorbereitet. Dann ging das ein bisschen besser, aber trotzdem waren wir nur Durchschnitt. Das muss doch zu denken geben.

Also, wie gut sind wir wirklich im Verhältnis zu den Wettbewerbern? Ist der Kommunismus zusammengebrochen, weil er schlechte Schulen hatte oder weil er ein schlechtes System hatte? Ich glaube, er hatte ganz gute Schulen und Universitäten, weshalb uns in Osteuropa leistungsfähige Menschen mit hoher Ausbildungsqualität begegnen. Und vor allem sind die Menschen heiß: Sie wollen alle reich werden, wollen es jetzt wissen, sie haben Blut geleckt. Sie haben eine Motivation, die vieles ausgleicht, was vielleicht sonst an Defiziten noch vorhanden sein mag.

Also, gewisse Zweifel sind angebracht, wie gut die deutschen Arbeitnehmer im internationalen Vergleich überhaupt noch sind. Aber, auf jeden Fall sind sie teurer – und das ist das Problem. Die Arbeitskosten je Stunde im internationalen Vergleich belaufen sich für China auf 1,00 Euro. Dann kommen die osteuropäischen Länder, dann kommt die Schweiz, dann kommt Westdeutschland und dann gibt es nur noch zwei Länder. Für die neuen Bundesländer kann man hier einen Wert unterstellen, der ungefähr bei Frankreich liegt. Es gibt nur zwei Länder auf der ganzen Welt, die noch teurer sind als Westdeutschland, was die Stundenlohnkosten für Industriearbeiter betrifft: Norwegen und Dänemark. Aber, diese beiden Länder haben sich auch erst kurzfristig nach oben geschoben. Das liegt daran, dass wir in den letzten Jahren in der Tat eine moderate Lohnpolitik hatten. Die Löhne sind nicht mehr so stark gestiegen wie vorher. Massive Anstiege gab es in den 70er Jahren im Westen. Da sind die Löhne in einem Jahrzehnt um 60 Prozent gestiegen; dann auch in den 80er Jahren noch massiv, dann wurde es etwas ruhiger. Aber das Niveau, auf dem man sich da befand, war schon hoch. Da hilft es wenig, wenn man jetzt ein paar Jahre die Steigerungsrate ein bisschen reduziert. Von 1981 bis 2001 hatte Westdeutschland die höchsten Stundenlohnkosten der ganzen Welt – vor Norwegen und Dänemark. Jetzt in den letzten Jahren hat sich das etwas korrigiert.

Die osteuropäischen Länder, die jetzt beigetreten sind, liegen bei etwa 13 Prozent – also genau einem Achtel der westdeutschen Löhne. China liegt bei einem Siebenundzwanzigstel! Das ist das Problem. Natürlich bleibt dieser Unterschied nicht so groß, wie er heute ist. Es gibt Lohnkonvergenz. Wir haben

gewisse empirische Erfahrungen über Lohnkonvergenz: In Westeuropa haben wir bislang eine sogenannte Sigmakonvergenz von 1 Prozent, das heißt, die Lohnlücke schließt sich jedes Jahr um 1 Prozent des Wertes, den sie vorher hatte.

In anderen Regionen haben amerikanische Ökonomen Werte von 2 Prozent gefunden, das Doppelte. Zwei Prozent hört sich wenig an, aber übersetzt in Wachstumsraten bedeutet das, die osteuropäischen Länder müssten derzeit um 11, 12 Prozent real wachsen. Das schafft keiner, allenfalls die Hälfte! Deshalb spricht zur Zeit alles dafür, dass diese Konvergenz zwischen Ost und West auch nicht höher ist als bislang zwischen den Westländern.

Unterstellen wir mal, die Konvergenz sei so hoch, wie man sie bislang maximal in der Geschichte irgendwo auf der Welt gefunden hat: Dann würden die osteuropäischen Löhne im Jahre 2030 bei gerade genau 50 Prozent des westdeutschen Niveaus angekommen sein. Wir haben also noch zwei bis drei Payoff-Perioden für industrielle Anlagen vor uns – man rechnet so jeweils zehn Jahre –, bis die Löhne bei der Hälfte des westdeutschen Niveaus sein werden. Das gilt natürlich nicht in den Grenzgebieten, da geht es schneller. Wir reden hier über Durchschnittswerte der Löhne.

Manche haben da, glaube ich, Illusionen, was die Geschwindigkeit dieses Prozesses betrifft. Schneller ist unmöglich. Auch diesen Wert halte ich schon für am oberen Rande des gedanklich Möglichen nach den bisherigen Erkenntnissen. Dann sind sie immer noch erst bei 50 Prozent. Das heißt, diese Lohnkonkurrenz wird bestehen bleiben. Und bis China bei der Hälfte unseres Lohnniveaus angekommen ist, da sind wir wirklich alle tot. Der Schock, den die Weltwirtschaft durch den Fall des Eisernen Vorhangs erlebt hat, war unvorhersehbar. Es war keine allmähliche graduelle Entwicklung, sondern eine Eruption, die das Gebäude der Weltwirtschaft regelrecht erschüttert hat.

Was sind die wirtschaftlichen Reaktionen auf die hohen Löhne? Nun, im Westen haben wir ganz stark die Automatisierung gehabt. Der Osten ist da keine Ausnahme und hat das in kurzer Zeit nachgeholt. Schon in den 70er und 80er Jahren bis zum heutigen Tage haben wir diese massive Automatisierung. So sind Werkhallen für Roboter entstanden, in denen man kaum noch Menschen sieht. Gehen Sie mal nach Eisenach zu Opel. Dort steht das modernste Automobilwerk von ganz Europa. Da gibt es kaum noch Menschen, da arbeiten fast nur noch Roboter. Die Menschen stehen außen vor den Werktoeren und

kommen nicht rein. Das ist Automatisierung: eine Fluchtreaktion vor hohen Löhnen hin zu Robotern und Maschinen. Sie haben das hier nachgeholt – und zusätzlich gab es rapide Zerstörungen von Jobs durch die Treuhand bzw. im Gefolge der Treuhandaktivitäten.

Als weitere Reaktion auf hohe Löhne hat man Kapitalexporte. Das heißt, man exportiert sein Sparkapital ins Ausland, statt es im Inland zu investieren. Weil es im Ausland halt billiger ist zu produzieren. Löhne sind ein ganz wichtiger Standortfaktor. Sicherlich nicht der wichtigste. Aber, unter den Kosten der Unternehmen sind sie eindeutig der wichtigste, weil die anderen Kosten praktisch nicht standortrelevant sind. Kapitalkosten sind nicht standortrelevant, weil sie überall gleich hoch sind, wegen des Kapitalmarktes. Vorproduktkosten sind, soweit es um importierte Vorprodukte geht, auch nicht standortrelevant, weil die Vorprodukte für alle Wettbewerber gleich teuer sind. Nicht-importierte Vorprodukte, die aus dem Inland kommen, reflektieren wieder Lohnkosten auf vorgelegten Stufen.

Es bleibt dabei: letztlich beeinflussen nur die Lohnkosten die Standortentscheidungen. Dann kommen noch ein paar nationale Steuern hinzu, aber sonst kaum noch was. Deswegen reagieren die Kapitalbewegungen praktisch nur auf die Lohnkosten. Natürlich reagieren sie auch auf Nichtkostenelemente. Aber unter den Kosten nur auf die Lohnkosten. Wir haben in Deutschland massive Kapitalexporte. Letztes Jahr hatten wir z. B. eine gesamtwirtschaftliche Ersparnis von 145 Milliarden Euro. Wissen Sie, wie viel davon in Deutschland investiert wurde über alle Sektoren? 50 Milliarden, und der Rest, 95 Milliarden, ging ins Ausland, netto. Das meiste ging über die Banken. Das sieht man nicht, ist gar nicht spektakulär, füllt auch nicht den Wirtschaftsteil der Zeitungen, weil dort nur die Direktinvestitionen drin stehen. Aber: Arbeitsplätze werden auf diese Weise gleichwohl verlagert.

Dann haben wir das Problem Immigration. Die großen Lohnunterschiede locken natürlich Armutsflüchtlinge an. Bislang dachte man ja, es gäbe noch nicht so viel Immigration nach Deutschland. Inzwischen wissen wir seit der Juli-Umfrage des Statistischen Bundesamtes, dass wir einen Anteil der im Ausland Geborenen an der deutschen Bevölkerung von 12,5 Prozent haben. Das ist der höchste Wert weit und breit. Kein anderes großes Land hat solch einen Wert. Die Amerikaner selbst liegen bei 11,5 Prozent. Deutschland ist also ein Land mit Masseneinwanderung. Dies ist auch ein Reflex auf die großen Lohnunterschiede.

Dann ändert sich in unserem Land im Strukturwandel die Wirtschaftsstruktur: Bestimmte Branchen gehen kaputt, andere wachsen, nicht mehr alles bleibt wettbewerbsfähig. Insbesondere die arbeitsintensiven Branchen verlieren ihre Wettbewerbsfähigkeit. Nur noch „High-Tech“ und kapitalintensive Dinge, bei denen die Löhne keine so große Rolle spielen – weil einfach weniger Menschen gebraucht werden für die Produktion –, sind wettbewerbsfähig.

Nun zum Strukturwandel: Ein besonderer Aspekt dieses Strukturwandels, der in den letzten zehn Jahren stark an Bedeutung gewonnen hat, ist das Thema der „Basarökonomie und Outsourcing bzw. Offshoring“. Beides läuft darauf hinaus, dass arbeitsintensive Vorproduktionen wegfallen und in Niedriglohnländer verlagert werden. Outsourcing heißt ja, dass eine Firma eine bestimmte Vorproduktion, die sie vorher selber gemacht hat, an einen anderen Lieferanten vergibt. Dieser andere Lieferant sitzt häufig im Ausland. Natürlich kann es auch inländisches Outsourcing sein. Und dann gibt es Offshoring. Damit meint man eigentlich nur Direktinvestitionen, das heißt, die Firma führt unter eigenem Namen die Produktion im Ausland durch. Offshoring kommt aus dem Amerikanischen, weil ja die Amerikaner, wenn sie ins Ausland verlegen wollten, über den großen Teich mussten. Wir müssen halt über die Oder.

Auch dies ist ein Prozess mit großer Kraft. Während Automatisierung und die anderen Prozesse uns schon länger begleiten, haben wir etwa seit Mitte der 90er Jahre hier eine starke Outsourcing- und Offshoring-Welle nach Osteuropa. Aber nicht nur nach Osteuropa, auch bis Asien und nach China geht das. Das Ganze ist die zweite große, zunächst jobvernichtende Reaktion der Wirtschaft nach der Rationalisierungswelle der 70er und 80er Jahre.

Ich will das noch nicht kritisieren, sondern vorläufig erst die Fakten darlegen, bevor ich zu einer Bewertung dieses Phänomens komme. Die Bewertung ist zum Schluss kritisch, aber es ist nicht so offenkundig.

Bevor wir uns aber die kritischen Fakten anschauen, mal das Ganze positiv gedreht: Deutschland ist im positiven Sinne der Industriebasar der Welt. Wir haben 450 Unternehmen im Mittelstand – die häufig keiner kennt, weil es kleine Unternehmen sind –, die in ihren Märkten Weltmarktführer sind. Sie sind wirklich an der Spitze und bieten qualitativ hochwertige Produkte an, die international heiß begehrt sind. Dies alles mit einem tollen Preis-Leistungs-Verhältnis. Wenn man die Gruppe der ersten Drei auf den jeweiligen Märkten nimmt, dann kann man noch einmal 500 deutsche Unternehmen hinzuzählen, die da

in der Spitzengruppe werkeln. Das sind ungefähr 1.000 Unternehmen, die wirklich international absolut top sind. Man kennt sie oft gar nicht, das ist das eigenartige. Denn, wenn die Firmen bekannt werden, die da ganz oben sind im Dax, dann ist ihre beste Zeit meist schon vorbei.

Kein Wunder, dass die „Heuschrecken“ aus Amerika kommen und genau diese Firmen kaufen wollen, weil die so viele Gewinne machen. Zumal die Firmen jetzt auch nach Osteuropa gehen können, um mit ihrem Know-how und den niedrigen Löhnen Riesengewinne einzufahren. Herr Müntefering hatte daher nicht so ganz Unrecht mit seiner Beobachtung bei „Grohe“. Grohe ist von einem amerikanischen Investor gekauft worden. Was die machen wollten? Zumachen hier, Know-how und die Meister mitnehmen und dann im Osten das Ganze wiederholen.

Ja, wir haben diese tollen Firmen. Wir sind der Basar der Welt, was die Industrieprodukte betrifft, insbesondere die industriellen Zwischenprodukte. Wir waren ja auch mal die Apotheke der Welt, wie Sie wissen. Diese „Apotheke“ haben wir an die Franzosen verkauft. Aber: der Werkzeugladen der Welt gehört uns immer noch. Und den müssen wir auch verteidigen. Wenn wir den nicht mehr haben, dann weiß ich nicht, was an dessen Stelle treten soll.

Wir können das nicht so machen wie die Engländer, die zum Schluss nur von Finanzdienstleistungen leben. Ein Drittel des englischen Sozialprodukts wird in „Greater London“ erzeugt. Das können wir nicht nachmachen. Der Platz ist erstens besetzt und zweitens sprechen wir nicht so gut englisch. Also, ich halte das für einen Irrweg, die Industrie aufzugeben. Viele sagen, das ist egal, wir gehen in die Dienstleistungsgesellschaft. Die wissen nicht, wovon sie reden.

Man kann auch noch anders belegen, dass wir wirklich der Werkzeugladen der Welt sind: Schauen Sie sich mal an, wo die größten Messen unseres Landes liegen. Ich habe die nach der Hallen-Ausstellungsfläche größten Messen der Welt einmal zusammenstellen lassen. Es sind 20 Messen im Zeitraum 2001 bis 2004. Welcher Anteil davon ist deutsch, was glauben Sie? Fast alle! 15 der 20 größten Messen der Welt finden in Deutschland statt. Nur fünf finden nicht bei uns, sondern in irgendwelchen anderen Ländern statt. Deutschland ist wirklich der Industriebasar der Welt. Das ist objektiv, daran lässt sich nicht rütteln. Weder die Amerikaner noch die Japaner haben eine ähnlich gleichwertige Produktpalette an Industriegütern anzubieten wie wir, so hochwertig und so reichhaltig.

Allerdings, und jetzt kommt es: die neue Entwicklung mit Outsourcing und Offshoring bedeutet, dass sich die Werkbank allmählich vom Tresen löst. Der Tresen, über den die Industrieprodukte verkauft werden, bleibt in Deutschland, aber die Werkbank, wo die Waren hergestellt wurden und die zunächst direkt hinter dem Tresen stand, wird sukzessive verlagert. Man verlagert immer größere Anteile der Wertschöpfung, die in den Industriegütern steckt, in die Niedriglohnländer. Man kauft diese Vorprodukte dann nur noch und baut sie in Deutschland zusammen. So erhöht man noch die Wertschöpfung ein bisschen, veredelt die Produkte und schiebt sie dann weiter über den Tresen in die Welt.

Das ist der Prozess, der mit wirklich großer Macht seit zehn Jahren in Deutschland läuft. Dies hat zu tun mit dem Fall des Kommunismus und damit, dass etwa Mitte der 90er Jahre die osteuropäischen Länder ihre Transformationskrise überwunden hatten und der Beitritt in die EU klar war. Damit waren sichere rechtliche Rahmenbedingungen gegeben. Man konnte es also wagen, dort als Investor hinzugehen.

Denken Sie nur an das Beispiel vom „Cayenne“. Sie haben vielleicht die Diskussion, die ich da mit „Porsche“ hatte, verfolgt. Der „Cayenne“ wird ja nur scheinbar in Leipzig produziert. Denn wenn Sie mal richtig schauen, der kommt ja hinten so in das Werk rein, wie er vorne rauskommt. Sie sehen den Unterschied gar nicht. Man fragt sich, was da überhaupt passiert. Es ist schon was passiert. Der Motor, den man aus Zuffenhausen liefert, wird eingebaut in Leipzig. Insofern kommt da schon was Deutsches rein. Aber letztlich nicht viel. Das meiste, was an Werten in diesem Auto steckt, kommt aus Bratislava. Dorthin kommen natürlich wieder Bleche aus Deutschland. Und im Motor, der aus Zuffenhausen kommt, steckt wieder der Zylinderblock aus Bratislava drin und so weiter. Das geht in alle Richtungen.

Ferdinand Dudenhöffer, der deutsche Autopapst, hat das einmal ausgerechnet. Was ist eigentlich noch der Wertschöpfungsanteil an den Fertigungskosten dieses Autos, der auf Deutschland entfällt? Sein Ergebnis ist ein Drittel! Ein Drittel nur noch! Zwei Drittel eben nicht mehr. Da ist der „Cayenne“ keine Ausnahme. Das ist bei den anderen Autos genauso.

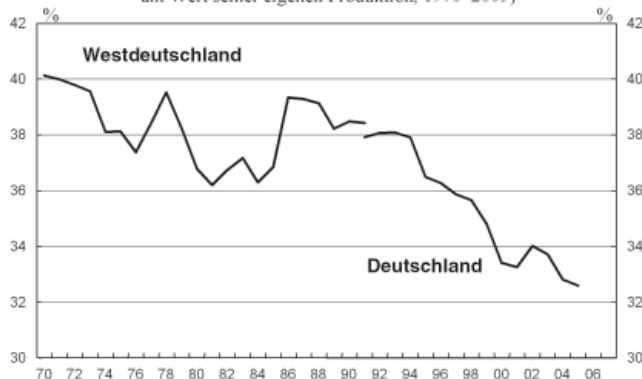
Wenn Sie einen BMW kaufen, dann dieselbe Schose: Da stecken auch Produkte drin, die irgendwo auf der Welt zusammengekauft sind – natürlich nach den BMW-Qualitätsstandards. Sie kriegen deswegen kein schlechteres Auto, aber der Anteil der Wertschöpfung, die in Deutschland stattfindet, ist doch begrenzt.

Auch Mercedes macht da keine Ausnahme. Das ist so ein bisschen das Phänomen der Zeit. Wir kleben zum Schluss möglicherweise nur noch das Etikett „Made in Germany“ drauf, und der deutsche Wertschöpfungsanteil geht runter.

Das ist das, was mit dem „Basareffekt“ gemeint wird. Der Anteil der deutschen Wertschöpfung am Wert der Industrieprodukte geht runter. Das hat zu Jobverlagerungen geführt. Insgesamt sind von deutschen Unternehmen 4,6 Millionen Jobs im Ausland geschaffen worden. Nicht nur in Osteuropa, das ist auch schon vorher anderswo passiert. Umgekehrt haben ausländische Firmen 2,2 Millionen Jobs in Deutschland geschaffen, so dass hier netto ein Verlust von 2,4 Millionen Jobs entstanden ist. Aber hier sind nur die Direktinvestitionen, nicht die Finanzkapitalströme erfasst.

700.000 Jobs sind allein in den letzten zehn Jahren von deutschen Unternehmen in den neuen EU-Ländern geschaffen worden. Das sind ungefähr so viele, wie in den letzten Jahrzehnten von deutschen Unternehmen in den USA geschaffen wurden. Dies waren 800.000. Da sehen Sie, welche Dynamik dieser Prozess hat. Deutschland rollt Osteuropa geradezu auf. Die deutschen Direktinvestitionen in Osteuropa sind größer als die Direktinvestitionen von Frankreich, England und Amerika zusammengekommen. Können Sie sich das vorstellen? Wir bringen jetzt wirklich den Kapitalismus nach Osteuropa und entwickeln dort mit unserem Know-how und mit unserem Kapital ein Wirtschaftswunder.

Die Verringerung der Fertigungstiefe der deutschen Industrie
(Anteil der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes
am Wert seiner eigenen Produktion, 1970–2005)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe S.29 (Westdeutschland),
Reihe 1.4 (Deutschland); Berechnungen des ifo Instituts.

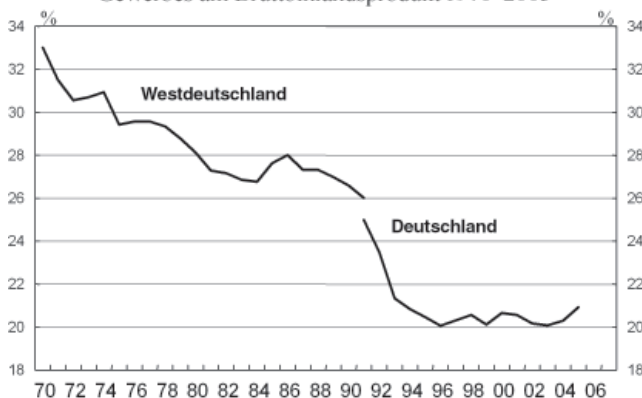
Nun zu den Zahlen. Die Verringerung der Fertigungstiefe der deutschen Industrie, also den Anteil der eigenen Wertschöpfung am Output dieser Industrie, kann man messen. Sie ist in den letzten 30 Jahren sehr deutlich gefallen. Im Diagramm sehen wir in der Mitte den Strukturbruch, rechts Gesamtdeutschland, links nur Westdeutschland. Das Diagramm deutet auf den Basareffekt hin. Obwohl nicht ganz klar ist, wohin die Verlagerung erfolgt: ins Ausland oder ins Inland. Es könnte ja auch eine Verlagerung in andere inländische Sektoren sein. Das hatte die „Financial Times“ in einer Diskussion mit mir lange Zeit gemeint.

Wenn man das Thema Fertigungstiefe nach Branchen aufteilt, sieht man überall das gleiche Phänomen: in der Elektrotechnik, im Maschinenbau zwar nicht so stark, ganz stark aber im Fahrzeugbau. Deswegen ist das „Cayenne“-Beispiel typisch. In der chemischen Industrie erleben wir es in den letzten Jahren auch, allerdings in der Metallerzeugung weniger. Gar nicht haben wir es im Ernährungsgewerbe und bei der Tabakverarbeitung. Das sind aber nur kleine Sektoren, die quantitativ keine Rolle spielen. Also: eine Verringerung der Fertigungstiefe findet in allen Sektoren statt.

Jetzt kommt die Frage: Ist das eine Verlagerung ins Inland oder in andere Sektoren? Das Statistische Bundesamt hat uns Zahlen geliefert, nachdem ich die Debatte dazu angestoßen hatte. Sie haben gerechnet, und das Ergebnis ist: 1991 lag der Importanteil an deutschen Warenexporten bei 27 Prozent, im Jahre 2005 lag er bei 42 Prozent. Es ist also in der kurzen Zeitspanne von 14 Jahren ein raketenhafter Anstieg erfolgt. Das ist gewaltig, weil solche Zahlen eigentlich dazu tendieren, konstant zu sein. Wenn man die Zahlen in ein Diagramm einträgt, dann sieht man: das liegt ziemlich auf einer Linie. Die Regression hat hier eine Steigerung von 53 Prozent, das heißt, marginal ist der Basareffekt noch größer. Von jedem zusätzlichen Euro, den Deutschland im Export verdient, werden 53 Cent gebraucht, um die Importgüter zu bezahlen, die als Vorleistungen in diesen Exportgütern drinstecken. Das ist mehr als die Hälfte.

Also, der Basareffekt ist eine wirklich dominante Kraft. Es gibt keine Debatte mehr darüber, ob es den Effekt gibt oder nicht. Als empirisches Phänomen ist er völlig unbestreitbar. Allerdings darf man dies nicht primitiv interpretieren. Wenn der Wertschöpfungsanteil pro Stück runtergeht, dann heißt dies noch nicht, dass die Wertschöpfung fällt. Die Stückzahl kann ja entsprechend stark steigen. Ja, es kann sein, dass wir genau dadurch besonders gut ins Geschäft kommen und dass die Wertschöpfung sogar per Saldo steigt. Also, naive Interpreten dieses Phänomens haben gemeint, das hieße, dass uns die Wertschöpfung in Deutschland wegbricht. Davon kann nicht die Rede sein.

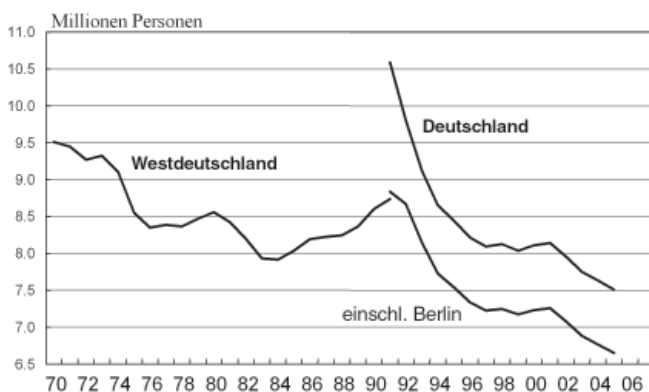
Anteil der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes am Bruttoinlandsprodukt 1970–2005



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 8.29 (Westdeutschland), Reihe 1.4 (Deutschland); Berechnungen des ifo Instituts.

Schauen wir uns das konkret an. Der Anteil der Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes an der Summe aller Wertschöpfungen, aller Sektoren, die wir ja Bruttoinlandsprodukt nennen, ist lange Zeit sehr stark gefallen, aber hat sich doch gerade in den letzten Jahren des massiven Outsourcings stabilisiert. Bei uns etwa seit Mitte der 90er Jahre. Wir sehen hier keinen fallenden Trend. Das kann daran liegen, dass auch der Rest der Wirtschaft aus anderen Gründen nicht floriert hat und deshalb der Anteil nicht gefallen ist. Das weiß ich nicht. Aber jedenfalls spricht das gegen eine naive, eine vordergründige Interpretation dieses Geschehens.

Erwerbstätige im verarbeitenden Gewerbe



Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.5, 2005; Arbeitskreis VGR der Länder, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Länderergebnisse Reihe 1, Band 1, Rechenstand August 2006.

Was indes gefallen ist, ist die Beschäftigung. Das ist eindeutig. In diesem Diagramm sehen Sie die Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe – zunächst in Westdeutschland in den letzten 35 Jahren, von 1970 bis jetzt. Durch die deutsche Vereinigung haben wir eine ganze Menge Industriejobs dazu gekriegt. Aber, Sie sehen: das Gesamtniveau ist inzwischen niedriger als es zur Zeit der deutschen Vereinigung allein in Westdeutschland war. Wir haben drei Millionen Industriejobs seit 1991 verloren in Gesamtdeutschland. Das heißt: Wir haben in Gesamtdeutschland zunächst einmal so viele Jobs verloren, wie in den neuen Bundesländern vorhanden waren und dann noch 1,2 Millionen dazu. Deutschland ist heute insgesamt, trotz der deutschen Vereinigung, weniger industrialisiert als allein Westdeutschland vor der Vereinigung war – obwohl die DDR überindustrialisiert galt. Es gab also einen erheblichen Aderlass an Stellen. Wenn wir die Veränderung der Erwerbstätigen im verarbeitenden Gewerbe seit 1991 bis 2003, also direkt nach dem Fall der Mauer, mit anderen Ländern vergleichen, gibt es Länder wie Irland und Kanada, die ein Plus zu verzeichnen haben. In Irland gibt es z. B. ein Viertel Zunahme der Erwerbstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe. Aber: in den meisten Ländern geht's nach unten. Und wo geht es am meisten nach unten? In Deutschland!

Der prozentuale Rückgang der Industriebeschäftigung ist seit der deutschen Vereinigung in Deutschland stärker gewesen, als in allen anderen Industrieländern oder entwickelten Ländern der Erde. Dies hat sicher mit der deutschen Vereinigung zu tun. Denn die Industriejobs im Osten waren vielleicht doch nicht so wettbewerbsfähig. Großbritannien und Japan sind ähnlich stark betroffene Länder. Die Briten gehen in die Finanzdienstleistungen und haben keine Industrie mehr. Sie haben ja auch schon früher abgebaut. Japan ist interessant. Ich glaube, da gibt es ein ähnliches Phänomen wie in Deutschland, denn die Japaner grenzen an das ex-kommunistische Gebiet genauso an wie Westdeutschland. Beide, wir und die Japaner, haben die Niedriglöhner vor der eigenen Haustür. Toyota macht dasselbe wie Volkswagen und verlagert die arbeitsintensiven Teile der Vorproduktketten in die Niedriglohnländer, um durch eine Mischkalkulation bei den Löhnen entsprechend wettbewerbsfähig zu bleiben.

Jetzt kommt die entscheidende Frage: Was für einen Reim machen wir uns darauf? Ich meine, die Fakten sind das eine. Ist das gut? Ist das schlecht? Das ist noch nicht klar. Denn es kann ja gut sein, dass wir Industriebeschäftigung abbauen, dafür aber etwas anderes aufbauen. Zur Bewertung des Effektes gibt es ganz unterschiedliche Meinungen in unserer Gesellschaft. Die einen sagen:

„Prima!“, die anderen warnen. Ich glaube, die das beurteilen, gehen von verschiedenen Bewertungsebenen aus. Jeder hat irgendwie Recht, aber jeder meint was anderes. Drei Ebenen muss man unterscheiden:

Die erste ist die betriebswirtschaftliche Ebene: Macht also Herr Wiedeking das richtig, indem er den „Cayenne“ in Bratislava produzieren lässt? Was sagen seine Aktionäre? Die freuen sich, denn die Gewinne steigen. Sonst würde er das ja auch nicht machen. Es ist also betriebswirtschaftlich sicherlich die richtige Strategie. Sogar der Betriebsrat kann damit zufrieden sein, denn ohne Bratislava gäbe es keinen Standort Leipzig. Dann würde der „Cayenne“ wahrscheinlich überhaupt nicht produziert. Die 600 Jobs in Leipzig sind wahrscheinlich nur möglich gewesen, weil diese Strategie mit Bratislava möglich war. Also betriebswirtschaftlich ist die Sache o.k.

Aber jetzt kommt die volkswirtschaftliche Betrachtung. Volks- und Betriebswirte sind ja nicht dieselben: Ein Betriebswirt will dem Betrieb helfen und ein Volkswirt dem Volk, das ist ein kleiner Unterschied! So ein Volkswirt wie ich sieht die Betriebe nur als Erfüllungsgehilfen zur Maximierung der Wohlfahrt des Volkes. Das Volk besteht aber noch aus anderen Menschen, insbesondere denen, die die Betriebe verlassen mussten. Die volkswirtschaftliche Sicht ist deshalb eine ganz andere.

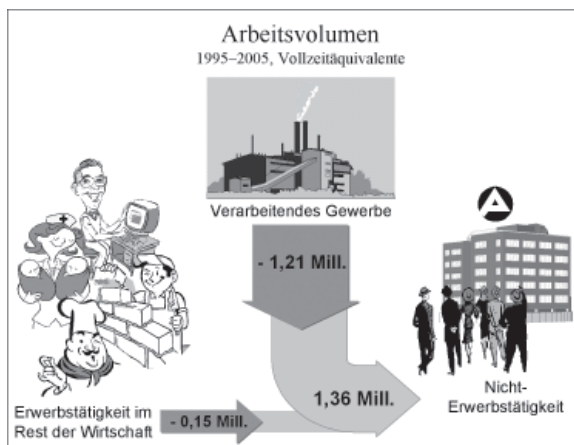
Aber auch volkswirtschaftlich gibt es zwei mögliche Sichtweisen: Das eine ist die traditionelle Lehrbuchsicht, die versucht, diese Phänomene zu begreifen als Verbesserung des internationalen Handels. Das geht zurück bis zu David Ricardo mit seinen Theorien der komparativen Kostenvorteile. Da hat dann im Prinzip jedes Land seine Vorteile. Diese Interpretation setzt aber voraus, dass die handeltreibenden Länder im Inneren völlig flexibel sind, dass es sich um richtig harte Marktwirtschaften handelt. Gemeint sind Marktwirtschaften, wo auf allen Märkten der Preis durch Angebot und Nachfrage gebildet wird und nicht etwa durch andere Erwägungen, besonders auf dem Arbeitsmarkt. Wenn der Preis der „Ware Arbeitskraft“ – jetzt rede ich mal marxistisch – bestimmt wird durch Angebot und Nachfrage, dann gibt es natürlich keine Arbeitslosigkeit, denn der Preis fällt bis zu dem Punkt, wo Angebot und Nachfrage sich treffen. Arbeitslosigkeit ist ja ein Überschussangebot der „Ware Arbeitskraft“ auf dem Arbeitsmarkt. Dies bedeutet, dass der Preis falsch ist. Hier würde mir sogar Karl Marx zustimmen bei dieser Interpretation. So die ökonomische Sicht der Dinge. Also, wenn man eine richtig kapitalistische Marktwirtschaft hat, die auch handelt, dann gibt es Handelsgewinne.

Die wirkliche Welt unterscheidet sich von diesem Modell aber dadurch, dass allerlei Regiditäten da sind, institutionelle Regeln, Starrheiten, die insbesondere auch Lohnstarrheit implizieren. Daher wird der Lohn durch ganz andere Erwägungen gebildet als durch das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Es stellt sich zunächst die Frage, ob die Wirtschaft effizient auf die Kräfte der Globalisierung reagiert. Das ist aus volkswirtschaftlicher Sicht eine Second-best-Frage. First-best wäre die Reaktion einer reibungslos funktionierenden Marktwirtschaft mit Angebot und Nachfrage.

Wenn wir annehmen, dass unsere Lohnstrukturen – samt der Gewerkschaften, die sie verursacht haben, und samt Sozialstaat, der durch seine Rückwirkungen die Lohnstrukturen mitverursacht – unverrückbar in Stein gemeißelt sind, ist dann die Reaktion der deutschen Wirtschaft effizient mit diesem Outsourcing und Offshoring? Ich vermute, ja. Da würde ich noch ein positives Urteil fällen.

Das ist aber ein Effizienzbegriff wirklich nur im Second-best-Sinne, im Sinne einer Schadensverminderung: Das Boot fährt weiter, weil es unterwegs einen Teil des Ballastes abwirft. Das ist gut für die Ladung, die da noch zum Ziel kommt, aber natürlich nicht für den Teil, der als Ballast zum Meeresgrund sinkt. Das ist die Second-best-Interpretation. Würde der Ballast nicht abgeworfen, dann ginge das ganze Boot unter. In dem Sinne ist es eine sinnvolle Reaktion. VW gäbe es ja gar nicht mehr, wenn nicht schon frühzeitig die Strategie gewesen wäre, nach Győr zu gehen, in Ungarn, und jetzt in die Slowakei. Dann hätte man keine Chance gehabt, mit den Japanern die Konkurrenz zu bestehen. Die restlichen Arbeitsplätze in Wolfsburg gibt es nur deswegen, weil man eine Mischkalkulation bei den Löhnen hinkriegt durch den Ankauf billiger Vorprodukte. Dies ist volkswirtschaftlich sinnvoll – im Second-best-Sinne.

Aber ist es auch im First-best-Sinne sinnvoll, was hier abläuft? First-best heißt, dass kein Ballast abgeworfen wird, die ganze Ladung zum Ziel kommt, dass also keine Arbeitslosigkeit entsteht. Das Ganze ist dann als Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung zu interpretieren, weil wir das eine aufgeben und das andere an die Stelle treten lassen. In dem Sinne: Seien wir doch jetzt froh, dass wir die Polen und die Chinesen haben. Die können die industrielle Schwerstarbeit für uns Deutsche machen. Wir nehmen unsere Menschen und lassen sie an anderen Stellen der Wirtschaft Besseres machen. Wir können sie z. B. in den Dienstleistungssektor stecken, wo wir so viele Alte zu versorgen haben. Da müssen wir vielleicht nicht die Polen herholen, die das ansonsten auf 3-Monats-Basis machen.



Von 1995 bis 2005 hat das verarbeitende Gewerbe 1,21 Millionen Jobs in Vollzeit-Äquivalenten verloren. Nach der Theorie des volkswirtschaftlichen First-best, wenn das Ganze als Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung zu interpretieren ist, dann müssten diese Menschen jetzt im Rest der Wirtschaft – ob im Baugewerbe, in der Dienstleistung oder in High-Tech – andere Stellen gefunden haben. Haben sie das? Nein. Kein einziger Job ist per Saldo da entstanden, sondern ein Verlust von 150.000 Stellen.

Wo sind die Menschen dann hingegangen? Zu Herrn Weise, Herrn Blüm und/oder den Nachfolgern. Entweder sind sie in die Arbeitslosigkeit oder in die Frühverrentung, aber auf jeden Fall sind sie zum Sozialstaat gegangen.

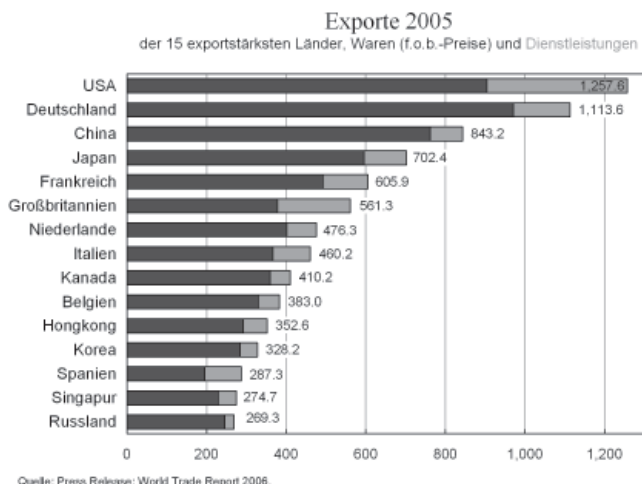
Das ist die Verbesserung der Arbeitsteilung. Die eine Hälfte machen wir. Wir bauen die schmutzigen Industriejobs hier ab, aber die andere Hälfte machen wir halt nicht. Wir bauen nichts an der Stelle auf, wo diese Menschen aufgesogen werden können. Irgendwas läuft hier falsch.

Diese Zahlen widerlegen eindeutig die These, dass wir uns in den letzten zehn Jahren besonders effizient in die Weltwirtschaft hätten neu integrieren können, um neue Handelsgewinne zu erzielen.

Ich kann die Sonntagsreden aus Brüssel nicht mehr hören. Die erinnern mich unglaublich stark an die Sonntagsreden, die zu den neuen Bundesländern nach der Vereinigung gehalten wurden. Wenn wir aus Brüssel hören – auch von

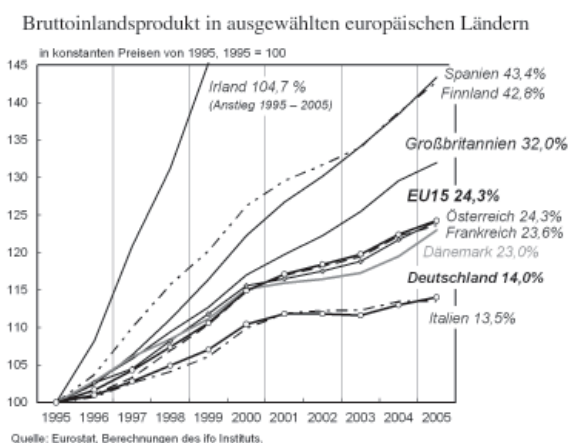
anderen Politikern –, dass die Osterweiterung uns Handelsgewinne bringt, wovon wir Deutschen profitieren, halte ich für falsch. Das widerspricht allen Zahlen. Wenn es stimmen würde, müsste dieser Strom in unserem Diagramm unten zur „Erwerbstätigkeit im Rest der Wirtschaft“ hingegangen sein. Dann wäre es eine Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung.

Nun mögen Sie mir entgegenhalten: Wir sind doch Exportweltmeister! Und: Wir verstehen nicht, dass wir dann auch Wachstumsschlusslicht sind. Das ist irgendwie ein Rätsel. Wollen wir uns mal mit diesem Rätsel beschäftigen. Das deutsche Rätsel.



Einerseits sind wir Weltmeister beim Export. So heißt es ja immer. In diesem Diagramm sehen wir die 15 exportstärksten Länder der Welt. Da kommen wir vor China tatsächlich fast an der Spitze, allerdings als Nummer 2. Wir sind nicht Weltmeister! – Ich weiß nicht, wer das aufgebracht hat. Sie müssten es wissen, Frau Schipanski? War das Herr Schröder? Irgendwer muss das gesagt haben, und die anderen haben das dann nachgesagt. Weil einer das gesagt hat, der ganz oben steht, dann muss es ja wohl stimmen. Es hat aber nicht gestimmt, hat noch nie gestimmt. Immer waren die Amerikaner Exportweltmeister. Wir waren immer Nummer 2.

Was implizit wohl gemeint war ist: bei einem Teil der Exporte. Wenn man nämlich von den Exporten die Dienstleistungen abzieht, das was SAP verkauft oder was Microsoft liefert, also gerade die Dinge, die zukunftsfruchtig sind, und nur jene Exporte (Waren) anschaut, die man physisch anfassen kann, dann sind wir tatsächlich mit einer Nasenlänge Vorsprung vor den USA Weltmeister. Also, bei einer Teilmenge der Exporte sind wir Exportweltmeister, aber nicht bei den Exporten insgesamt, da sind wir Nummer 2. Trotzdem ist dies gut, keine Frage. Für so ein kleines Land, direkt hinter den USA an zweiter Stelle zu sein, ist ein stolzes Ergebnis.



Das zum Einerseits. Jetzt kommt das Andererseits: Wachstumsschlusslicht? Vergleichen wir uns mit den anderen europäischen Ländern und deren Wachstum in den zehn Jahren von 1995 bis 2005. Die EU ist im Durchschnitt um 24,3 Prozent real gewachsen. Halten wir mal einige andere Länder daneben: Irland mit 107,4 Prozent. Das ist ziemlich genau dasselbe Wachstum, wie es die Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1960 hatte – zur Zeit des Wirtschaftswunders. Da sind wir um 110 Prozent gewachsen. Also die Iren haben jetzt unser Wirtschaftswunder der 50er Jahre. Aber auch in Spanien läuft es richtig toll mit 44 Prozent, Finnland 43 Prozent ähnlich, auch Großbritannien ist deutlich überdurchschnittlich – Spätfolgen von Margret Thatcher. Die Nachfolger können praktisch die Früchte ihrer radikalen Reformen ernten. Dann gibt es einige Länder, die beim Durchschnitt liegen: Österreich zum Beispiel oder auch Frankreich, ein bisschen unter dem Durchschnitt die skandinavischen Länder. Ich nenne nur mal Dänemark.

Und dann gibt es Italien und Deutschland. Sie sehen, die beiden Länder haben die rote Laterne. Wenn Sie ganz genau schauen, sehen Sie Italien ist doch etwas schlechter über diese 10 Jahre als wir mit einem Gesamtwachstum von nur 13,5 Prozent. Es stimmt also nicht, dass wir Schlusslicht sind. Wir sind „nur“ Vizeschlusslicht. Wir sind Vizeweltmeister beim Export und Vizeschlusslicht beim Wachstum! Dieses Ergebnis wissen wir erst neuerdings. Vor einem Jahr sagten uns die Statistiker noch, dass es andersrum war. Die Statistiken werden ja immer wieder revidiert, auch im Nachhinein, dass man nie genau weiß, woran man ist. Aber jetzt sollte sich das allmählich stabilisiert haben. Wenn die Zahlen so dicht beieinander liegen, dann kommen alle halbe Jahre neue Ergebnisse.

Vizeschlusslicht und Vizeweltmeister – das Rätsel bleibt. Wieso sind wir auf der einen Seite so toll und auf der anderen Seite so schlecht? Was ist die Lösung des Rätsels? Sie kennen wahrscheinlich diese Lösung.

Das sagen der Gewerkschaftsvertreter im Sachverständigenrat, Herr Bofinger, Herr Hickel oder Herr Horn vom Gewerkschaftsinstitut. Sie sagen: Deutschland ist wettbewerbsfähig, das sieht man ja am Export! Aber, die Binnennachfrage ist zu schwach. Hier zu Hause brechen die Jobs weg, die Dienstleistung liegt im Argen. Die Binnennachfrage ist so schwach, weil die Kaufkraft fehlt. Die Kaufkraft kann man aber stärken, wenn man die Löhne erhöht. Dann haben die Leute endlich wieder Geld in der Tasche und dann können sie das ausgeben. Dann geht der Konsum hoch, und dann kommt die Wirtschaft so richtig in Schwung.

Das ist die eine These! Ich hoffe, ich habe sie zutreffend wiedergegeben. Sie ist absolut plausibel. Vor allen Dingen, wenn man nicht die Zeit hat, sich länger damit zu beschäftigen, leuchtet das ein. Wir leben ja in einer Medien- und Fernsehwelt. Es geht nicht darum, ob die Argumente stimmen, sondern sie müssen in 30 Sekunden einleuchten! Mehr Zeit ist oft nicht, um ein Argument darzulegen. Unter den 30-Sekunden-Argumenten ist das unschlagbar. Aber trotzdem stimmt es nicht!

Erst einmal stimmt es schon theoretisch nicht. Denn, wenn ich die Löhne erhöhe, wieso soll die Kaufkraft dadurch steigen? Die Einkommen der Arbeitnehmer steigen zwar, aber die Einkommen der Unternehmer fallen im gleichen Umfang. Also ist das nur eine Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Arbeitnehmer, aber keine Erhöhung des Volkseinkommens. Also von einer allgemeinen Erhöhung der Kaufkraft kann so gesehen nicht die Rede sein.

Es ist die Frage, wie reagieren die Leute? Die Individuen können jetzt mehr konsumieren, aber die Unternehmer mögen auch weniger kaufen. Was kaufen so Unternehmer? Sie kaufen Investitionsgüter. Das wird häufig nicht richtig gesehen in der Öffentlichkeit: Investitionsgüternachfragen sind ein wichtiger Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Ja, sie sind sogar genau der Teil, der die Konjunkturzyklen macht, weil der Konsum relativ stabil ist und die Investitionsgüternachfrage immer rauf und runter geht. Das genau macht den Konjunkturzyklus. Wieso kaufen die Unternehmen Güter? Sie verkaufen doch. Nein, sie kaufen auch! Sie kaufen, weil sie den Kapitalstock vergrößern.

Das Sozialprodukt – die Menge aller Güter, die in einer Periode erzeugt werden – kann man im Prinzip für zwei Zwecke verwenden: Man kann es aufessen, das sind Konsumgüter. Man kann es aber auch auf einen Haufen legen und diesen immer größer machen. Diesen Haufen nennen wir Kapitalstock.

Eine Wirtschaft, die wächst, hat einen permanent wachsenden Kapitalhaufen. Eigentlich kann der bis in alle Ewigkeit weiterwachsen, wertmäßig zumindest. Diese Zunahme des Kapitalhaufens in jeder Periode absorbiert aus der laufenden Produktion einen bestimmten Teil der Güter. Das ist eine genauso wichtige Nachfrage für die Konjunktur wie die Konsumgüternachfrage. Sicherlich, dieser Teil der Nachfrage geht runter, wenn die Löhne hochgehen, weil die Unternehmen dann verlagern oder gleich ihr Geld am Kapitalmarkt anlegen. Damit ist schon theoretisch unklar, was der Nettoeffekt ist. Schon diese Überlegung – es waren aber mehr als 30 Sekunden – entlarvt die Behauptung als Unfug, die Kaufkraft stiege durch höhere Löhne.

Im Übrigen: Wenn die deutsche Nachfrage wirklich nur zu niedrig wäre, dann frage ich mich, wie wir die Wachstumsschwäche erklären. Immerhin haben wir seit der Vereinigung doch in Deutschland ein gigantisches, schuldenfinanziertes, staatliches Ausgabenprogramm gehabt. Es sind per Saldo um etwa 1.100 Milliarden Euro vom Westen in den Osten geflossen. Dies geschah über die öffentlichen Kassen, und so hoch war auch die zusätzliche Staatsverschuldung. Wir haben also im wesentlichen auf Pump finanziert. Zwar steht da keine Briefmarke und keine Adresse auf dem Geldschein, aber rechnerisch ist es die gleiche Größenordnung.

Auf jeden Fall hat es ein Schuldenprogramm gegeben, mit dessen Hilfe die Geldtransfers in den Osten bezahlt wurden. Dieses Geld hat der Osten verwendet, um wieder Waren im Westen zu kaufen. Das heißt, es gab ein gigantisches

Nachfrageprogramm für die Wirtschaft des Westens. Ja, es hat noch nie in der Geschichte der Menschheit irgendwo auf der Welt ein so großes schuldenfinanziertes Nachfrageprogramm gegeben wie für Westdeutschland.

Wenn also die These richtig wäre, dass die Nachfrage das Entscheidende ist, um eine Wirtschaft zum Laufen zu bringen, dann hätte Deutschland ein super Wachstum haben müssen, praktisch das höchste Wachstum der ganzen Welt. Aber wir sind, wie Sie wissen, Vizeschlusslicht beim Wachstum.

Und es gibt noch einen weiteren Aspekt: Wie kann es sein, dass wir Tourismusweltmeister sind, wenn die Nachfrage, wenn die Kaufkraft fehlt? Wenn die Leute kein Geld haben? Dennoch: Kein Land auf der Welt gibt so viel für Auslandsreisen aus wie Deutschland. Also die Kaufkraft dafür muss wohl vorhanden sein. Das wahre Problem ist, dass das hohe deutsche Lohnniveau praktisch die Kaufkraft und die Nachfrage ins Ausland lenkt. Wir kaufen in Deutschland gar keine touristischen Dienstleistungen mehr, sondern wir gehen ins Ausland, um dort die Leistungen zu kaufen, weil sie eben viel billiger sind.

Hier im Osten konnte man früher mal nach Rügen fahren und wir im Westen, wenn wir überhaupt mal in Urlaub gefahren sind, dann nach Norderney. Heute können sich doch nur noch Reiche leisten, in Deutschland Urlaub zu machen. Die Armen, die müssen nach Mallorca.

Und das ist die Natur dieses Problems: Die Deutschen sind sich gegenseitig zu teuer geworden, als dass sie bereit wären, die Leistungen einander abzukaufen, die sie anzubieten haben. Also kann da irgendetwas nicht stimmen mit dieser Erklärung von Hickel und Bofinger. Auch wenn wir diese schon auswendig kennen, weil wir sie immer wieder in den Medien vorgesetzt kriegen.

Es gibt eine andere, eine angebotseitige Erklärung. Die hat zu tun mit dem, was die Ökonomen als „Srinivasan-Effekt“ bezeichnen. Das ist eine Über spezialisierung wegen starrer Löhne. Ich hatte ja vorhin schon darauf hingewiesen, dass es den Sektorstrukturwandel gibt. Ihn gibt es in der vertikalen Richtung, das ist der Basareffekt, und ihn gibt es auch in der horizontalen Richtung.

Unterteilen wir mal die Wirtschaft in die kapitalintensiven und High-Tech-Bereiche, in Automobile, Chemie, Chip, Biotech u.s.w. Unterteilen wir sie weiter in traditionelle Bereiche wie Leder, Textilien, Optik oder Feinmechanik, wo eben

relativ wenig Kapital pro Arbeiter gebraucht wird, aber umgekehrt sehr arbeitsintensiv produziert wird. In jedem Sektor gibt es Vorleistungsbereiche und Endstufen der Produktion. Überall findet Produktion und Wertschöpfung statt.

Was wir historisch in Deutschland gesehen haben, ist zunächst ein Prozess der horizontalen Spezialisierung – weg von den arbeitsintensiven Sektoren. Die Lederindustrie, die Textilindustrie, Optik oder Feinmechanik – alles Branchen, in denen wir früher groß waren – das spielt heute einfach nicht mehr die Rolle in unserem Land.

Ich selber komme aus Bielefeld. Meine Vorfahren sind alle irgendwie in der Textilindustrie tätig gewesen. Dort gibt es aber keine Textilindustrie mehr. „Seidensticker“ gibt es noch, aber die verkaufen schon seit 1970 Hemden aus Singapur. Das ist ein Prozess, der läuft schon recht lange, nämlich seit die asiatischen „Tigerländer“ auf der Bildfläche erschienen sind.

Dieser Prozess ist im Prinzip das Natürlichste von der Welt: Wir konzentrieren uns auf das, was wir besser können und wo mehr Wertschöpfung erfolgt. Im Prinzip ist daran nichts Falsches. Aber ich glaube, der Prozess wird übertrieben. Denn, wenn dieser Prozess abläuft und das vorher z. B. in den Sektoren Leder, Textilien, Optik oder Feinmechanik gebundene Kapital – natürlich auch menschliche Talente – „weggeht“, dann wandern Kapital und Talente in andere Sektoren. Ein Teil der Arbeiter bleibt auf der Strecke. Warum bleibt er auf der Strecke? Weil die anderen Sektoren kapitalintensiver sind.

In der Chipindustrie brauche ich z. B. 2,5 Millionen Euro für einen Arbeitsplatz, im Bereich der Textilien komme ich unter Umständen mit 100.000 Euro aus. Das heißt, es ist ein Verhältnis von 1 zu 25. Ein gegebener Kapitalbetrag, der jetzt von einem Sektor in den anderen wandert, kann nur noch einen von 25 Arbeitern möglicherweise mitnehmen, die anderen werden arbeitslos.

Eine Marktwirtschaft, wie sie im kapitalistischen Lehrbuch steht, würde darauf natürlich mit Lohnsenkung reagieren. Weil Arbeitslosigkeit da ist, gibt es ein Überschussangebot am Arbeitsmarkt. Der Lohn fällt. Diese Lohnsenkung wiederum hat wichtige Reaktionen zur Folge: Sie bremst diesen Strukturwandel ab. Sie führt dazu, dass nicht alles kaputt geht, was hier arbeitsintensiv produziert wird. Nicht alle Sektoren gehen „über die Wupper“ oder werden durch entsprechende Importe ersetzt. Einiges kann sich halten. Mit der Folge freilich, dass nicht alles Kapital und nicht alle Talente, die hier gewerkelt haben, in die

anderen Sektoren gehen. Die Sektoren, die Exportgüter herstellen, bleiben auf niedrigerem Niveau. Es gibt dann eine niedrigere Wertschöpfung. Da Arbeitslosigkeit vermieden wird, ist die Summe der Wertschöpfung über alle Sektoren dann größer, wenn die Löhne flexibel sind, wenn die Marktwirtschaft also effizient reagieren kann. Wenn sie nicht flexibel reagiert und die Löhne verteidigt werden – aus welchen Gründen auch immer, z. B. aus legitimen, sozialen Erwägungen – dann geht mehr kaputt als bei flexiblen Löhnen. Dann gibt es eine erdrutschartige Bewegung, und zu viel Kraft des Landes wird in den kapitalintensiven Exportsektoren konzentriert. So kriegen wir zuviel Wertschöpfung im Export. Nicht, dass die Wertschöpfung im Export für sich schlecht wäre, davon kann nicht die Rede sein. Aber, wenn sie nur das Spiegelbild der Vernichtung der arbeitsintensiven Binnensektoren ist, dann wäre dies nicht so gut. Zu behaupten, dass der deutsche Strukturwandel in Richtung auf Extrem-Hightech, kapitalintensive Aktivitäten und Wertschöpfung im Export gut sei, bloß weil die Wertschöpfung steigt, ist ungefähr dasselbe, als bei einem Bauern, der seine Äcker von der Gerste- zur Roggenproduktion umwidmet, zu sagen, weil er jetzt mehr Roggen produziert, sei das für sich genommen schon mal gut. Dass die anderen Getreidearten dann zurückgehen, muss man ja auch mit ins Bild nehmen.

Lohnflexibilität ist essentiell für die Funktionsweise einer Marktwirtschaft. In diesem Prozess sorgt die Lohnflexibilität dafür, dass praktisch eine Bremse für den Strukturwandel aktiviert wird. Sie ruft ein Feintuning dieses Anpassungsprozesses hervor, so dass Arbeitslosigkeit vermieden wird.

Wenn aber die Löhne festgezurrst werden auf einem Niveau, das nicht mehr Rücksicht nimmt auf die internationale Konkurrenzsituation, dann ist die Bremse blockiert und es gibt wirklich einen Erdrutsch – weg von den arbeitsintensiven hin zu den kapitalintensiven Sektoren. Diese Faktoren sind dann die einzigen, die überleben können, weil sie keine Menschen mehr brauchen.

Das wäre dann eine betriebswirtschaftlich sinnvolle Geschichte, die aber volkswirtschaftlich völlig unsinnig ist, weil die Menschen auf der Strecke bleiben und das Sozialprodukt kleiner ist.

Meine Damen und Herren!

Das ist die Erklärung für die Phänomene, die wir haben: Wachsende Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche und Exportboom bei der Wertschöpfung. Alle drei Phänomene werden aus dem gleichen Sachverhalt erklärt.

Das Ganze hat nicht nur diese horizontale Dimension, sondern natürlich auch die vertikale Dimension, weil die Vorleistungssektoren in der Regel arbeitsintensiver sind als die Endstufen der Produktion. So kriegten wir dieselbe Richtung noch mal in Bewegung – und das ist der Basareffekt. Dies hat dann zur Folge, dass – relativ zu der Wertschöpfung in diesen Endstufen – unheimlich viel Material durch das Land geschleust wird, welches man als Vorprodukte kauft. Es gibt also zwei pathologische Effekte: Einerseits ist die Wertschöpfung im Export höher als es effizient wäre, andererseits ist die Wertschöpfung pro Stück beim Export kleiner als es effizient ist. Die Folge: Das Exportvolumen ist aus zwei Gründen überhöht. Es ist wertschöpfungsmaßig überhöht und mengenmäßig. Dabei gilt: Für jeden Prozentpunkt Zuwachs der Wertschöpfung im Export nimmt die Exportmenge um 1,3 Prozent zu. Das folgt aus den Zahlen des Statistischen Bundesamtes.

Unser Land wird so zu einer Art Duchlauferhitzer für Waren, die man kauft. Sie werden noch ein bisschen verarbeitet und dann geht es weiter. Der Warendurchfluss wächst schneller als die Wertschöpfung. Diese selbst aber wächst auch und sogar zu schnell – wegen der Blockade dieser Bremse für den Strukturwandel.

Ich gebe zu, kompliziert! Es ist viel komplizierter als die andere Erklärung. Aber das ist die ökonomische Erklärung. Was schließen wir daraus?

Ich darfst einmal Resümee ziehen: Wir haben also offenkundig einen starken Basareffekt in Deutschland. Das ist empirisch völlig unbestritten. Wir sehen, auch die deutschen Firmen bleiben wettbewerbsfähig, die deutschen Arbeiter aber nicht. Die Firmen bleiben deswegen wettbewerbsfähig, weil sie Wege finden, sich der deutschen Arbeiter zu entledigen. Das ist die bittere Wahrheit.

Wir sitzen nicht mehr in einem Boot. Die Zerreißprobe, vor die die Gesellschaft durch dieses Phänomen gestellt ist, die ist unglaublich.

Und: Handelsgewinne am Arbeitsmarkt kann ich nicht sehen. Das müssten Gewinne aus der Verbesserung der internationalen Arbeitsteilung sein. Da müssten verlorengehende Jobs an anderer Stelle entstehen. Dies ist aber nicht der Fall. Und der Exportboom, das habe ich gerade erläutert, hat zum Teil pathologische Züge. Die Schwierigkeit beim Exportboom ist ein Phänomen dieser Arbeitsteilung. Sie ist ja im Prinzip gut und geht in die richtige Richtung, aber sie ist in ihrem Ausmaß übertrieben. Das ist das Problem, was viele nicht

begreifen, was aber auch schwierig zu vermitteln ist. Dennoch sind diese Phänomene an sich nicht falsch. Das Outsourcing/Offshoring würde auch in einer effizienten Wirtschaft passieren. Der Sektorwandel in der horizontalen Richtung – weg vom Leder hin zu High-Tech – würde auch in einer effizienten Wirtschaft passieren. Aber alle diese Prozesse gehen über das optimale Maß hinaus, was man an der Arbeitslosigkeit sieht.

Eine ganz grundsätzliche Erwägung: Welche Möglichkeiten hat die westliche Welt, auf die Globalisierung zu reagieren? Es gibt im Prinzip nur fünf Möglichkeiten. Jeder, der hier redet über das, was ein Land politisch tun soll, muss diese fünf Möglichkeiten im Kopf haben. Was sind die fünf Möglichkeiten?

(1) Der erste Weg ist Kapitalismus pur: Wir geben die Sache mit den Löhnen auf; sie werden nur noch durch Angebot und Nachfrage bestimmt und wir lassen die Kräfte der Globalisierung wirken. Ungeachtet von Gerechtigkeitsvorstellungen! Da würde es eine sehr stark nach unten hin ausgespreizte Lohnskala geben. Am unteren Rande wären dann viele Menschen, die von ihren Löhnen nicht leben könnten. Aber die Wirtschaft wäre effizient in dem Sinne, dass Vollbeschäftigung da ist und der Kuchen, den man produziert, groß wird. Nur: Viele essen große Stücke von dem Kuchen und andere kriegen nur klitzekleine. Das wäre Kapitalismus pur. Man kann das abmildern, indem man die Verlierer dieses Prozesses, die Arbeiter, zu Kapitalisten macht. Das ist dann das Thema Investivlohn. Ich finde, es ist gut, in diese Richtung zu gehen. Wenn man schon den Kapitalismus hat, dann muss man die Arbeiter auch mit partizipieren lassen. Es war einer der großen Fehler der deutschen Politik, dass die Gewerkschaften in den 60er Jahren, als wir das im Westen schon mal intensiv diskutiert hatten, dies abgelehnt haben. Die Gewerkschaft hat lieber auf die Mitbestimmung statt auf die Mitbeteiligung gesetzt, weil das Jobs für die Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten gab. Für die Arbeiter wäre es aber besser gewesen, hätte man damals diese Investivlohnprogramme gemacht. Dann hätten die Arbeiter heute ein erhebliches Vermögen und würden auch mit zu den Gewinnern gehören. Sie hätten Kapitaleinkommen zusätzlich zu ihrem Arbeitseinkommen.

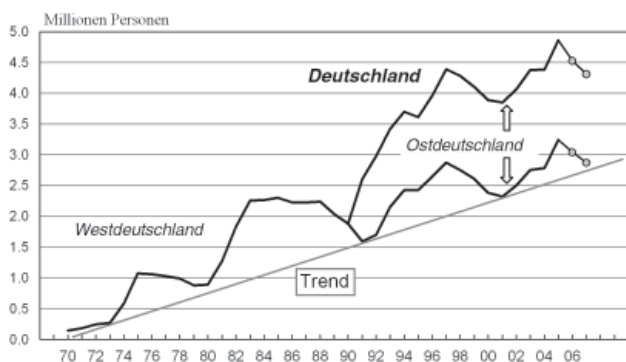
Was damals versäumt wurde – im Übrigen geschah dies auch bei der Privatisierung hier im Osten, Stichwort Treuhand –, das könnte man in Teilen noch versuchen nachzuholen. Insofern ist die Investivlohndebatte eine gute Debatte, auch wenn sie letztlich nicht helfen wird. Also, das ist nicht die große Lösung, um unsere sozialen Probleme zu überwinden.

(2) Der zweite Weg wäre die Bildung! Wenn die deutschen Arbeiter schon zu teuer sind, um mit den Polen, den Slowaken und den Chinesen zu konkurrieren, dann müssen wir sie halt besser machen. Dann hätten wir wieder ein Preis-Leistungs-Verhältnis das passt. Nun, Umschulungsprogramme hatten wir viele, mehr geht kaum. Was wir machen müssen ist, unser Schulsystem überholen. Davon bin ich fest überzeugt. Wir brauchen mehr Vor-Bildung, d. h. ab 3 Jahren müssen die Kinder in die Vorschule, so dass sie mit 6 Jahren, wie in Frankreich, schon lesen und schreiben können. Dann brauchen wir die Ganztagschule und müssen das dreigliedrige Schulsystem abschaffen. Dann müssen wir wettbewerbsfähige Universitäten machen. Ich könnte Ihnen ein ganzes Programm aufzählen, was ich für richtig halte. Das mögen Sie nicht teilen, aber auf jeden Fall muss viel passieren.

Wenn wir das alles machen, dann brauchen wir aber eine ganze Generation, bis die entsprechenden Vorteile auf dem Arbeitsmarkt sichtbar sind. Die Finnen haben vor 30 Jahren das deutsche Schulsystem abgeschafft und sind heute an der Spitze der OECD-PISA-Statistik. Bildung ist eine Strategie, die langfristig wirkt!

(3) Was hätten wir als weiteren Weg? Da haben wir den Lohnersatzweg. Alle diejenigen, die nicht genug verdienen und die arbeitslos werden – deren Ansprüche also nicht erfüllt werden können von der Marktwirtschaft in der Zeit der Globalisierung –, die holen wir zum Sozialstaat. Wir geben ihnen Lohnersatz: Sozialhilfe, Arbeitslosengeld I, Arbeitslosengeld II. Auch die Frührente ist ja eine Art von Lohnersatz. Dieser Lohnersatz ist die Konsequenz der Arbeitslosigkeit. Er erzeugt sie aber umgekehrt auch, weil natürlich das Geld, das der Staat fürs Nichtstun zur Verfügung stellt, zugleich einen Mindestlohnanspruch gegen die Marktwirtschaft begründet, der von dieser überboten werden muss. Wenn der Mindestlohn, der dabei rauskommt, zu hoch ist, um mit den Chinesen und den anderen konkurrieren zu können, dann entsteht Arbeitslosigkeit. Das ist der deutsche Weg, auch der französische Weg!

Viele europäische Länder sind diesen Weg gegangen. Geht er? Zur Zeit noch! Er sichert auch die Einkommen der Massen am unteren Rand. Das ist aber sehr teuer, denn Massenarbeitslosigkeit kostet irrsinnig viel Geld. Die Frührentner und die Arbeitslosen zusammen kosten in Deutschland 96 Milliarden Euro pro Jahr. Da sind die Bediensteten aus Nürnberg noch nicht mitgezählt. Viel Geld! Einer der Gründe, warum wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt Jahr um Jahr verletzt haben.

Entwicklung der Arbeitslosigkeit¹⁾ 1970–2007

1) Ab 1991 Westdeutschland ohne Berlin, Ostdeutschland einschließlich Berlin.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit; 2006: Schätzung der Institute (Oktober 2006).

Ist der Lohnersatzweg durchhaltbar? Ich weiß nicht. Schauen wir uns mal diese Grafik an: die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Westdeutschland. 1970 waren es 150.000 Leute. Dann geht es in Zyklen hoch. Die Zyklen dauern ziemlich genau zehn Jahre: von 70 bis 80, von 80 bis 91, von 91 - 2001 und dann hier 2005. Wenn man die Punkte verbindet, dann erkennt man, einen linearen Trend. Das ist der deutsche Weg!

Es kam bekanntlich die deutsche Vereinigung dazu, die auch noch mal Arbeitslose gebracht hat. In Wahrheit ist der Trend also progressiv nach oben gerichtet. Allerdings erwarten wir konjunkturell für dieses Jahr und fürs nächste Jahr einen Rückgang der Arbeitslosenzahlen! In Gesamtdeutschland gibt es schon eine Veränderung des Trends. Der konjunkturelle Trend, der ist gebrochen, ja, aber nicht der wirklich langfristige Trend.

Die Arbeitslosigkeit ging über fünf bis sechs Jahre hoch, dann wieder drei bis vier Jahre runter. Sie ging aber nie so weit runter, wie sie vorher hochging. Vielleicht wird der Trend gebrochen? Das werden wir zu Beginn des nächsten Jahrzehnts wissen, denn früher kann man das nicht sinnvoll beurteilen. Auf jeden Fall sehe ich im Moment keine Anhaltspunkte dafür, dass der Trend wirklich verlassen wird. Dieser Trend ist aber nicht durchhaltbar. Das deutsche Modell, ein Lohnersatzsystem mit immer mehr Arbeitslosigkeit, ist nicht machbar! Es ist eine reine Utopie. Wir halten es vielleicht noch zehn Jahre oder 15 Jahre durch. Aber sicherlich nicht noch einmal 35 Jahre!

Stellen Sie sich nur mal vor, wir machen das noch mal 35 Jahre. Schon heute haben wir faktisch auch in Westdeutschland 15 Prozent Arbeitslosigkeit – wenn man die Frührentner und stille Reserven dazurechnet. Wenn wir das jetzt noch mal 35 Jahre linear verlängern würden, dann wären wir bei 30 Prozent Arbeitslosigkeit. Können Sie sich vorstellen, dass das geht? Ich kann es mir nicht vorstellen!

Das letzte Mal, als wir das hatten, war 1930! Da lagen wir auch bei 30 Prozent Arbeitslosigkeit. Sie wissen, was das bedeutet hat. Also, ich halte es konkret gesagt für ausgeschlossen, dass die Bundesrepublik eine Verlängerung dieses Trends um weitere 35 Jahre überlebt!

Das klingt hart. Ich glaube zwar, dass die Bundesrepublik weiter existiert, aber eben nicht mit den institutionellen Rahmenbedingungen, die diesen Trend erzeugen. Es wird deswegen Reformen geben. Wir haben ja schon mal mit Kanzler Schröder Versuche gemacht. Im Moment wird aber das Rad der Geschichte wieder rückwärts gedreht, siehe Rüttgers usw. Die CDU versucht, die SPD links zu überholen – nicht alle, aber doch mehrheitlich.

Mit neuen Konstellationen kommt vielleicht wieder neuer Schwung? Dann ist die Wirtschaft auch nicht mehr am Boomen, sondern wieder in der Flaute. Und dann kommt der neue Ansatz! In Schüben wird sich vielleicht was bewegen. Ich bin kein Hellseher. Ich weiß nur, das geht ökonomisch nicht weiter. Also, der deutsche Weg, der geht temporär – aber nicht dauerhaft! Welche Wege gibt es noch?

(4) Es gibt den skandinavischen Weg: Die Skandinavier machen es ähnlich wie wir. Auch sie sagen: Hier ist der Staat. Wenn Du am Markt nicht genug verdienst, kannst Du zu mir kommen, da kriegst Du Geld. Die Skandinavier geben den Leuten dann zusätzlich noch einen Schreibtisch, an dem sie arbeiten können.

Der Staatsanteil an der Beschäftigung, das will ich damit sagen, ist sehr hoch. Ein Drittel, 33 Prozent der abhängig Beschäftigten in Dänemark und Schweden, ist beim Staat beschäftigt. In Deutschland sind es 12,2 Prozent. Im Durchschnitt der EU-Länder sind es 18,5 Prozent. Das ist also das Spezifikum des skandinavischen Weges: Man holt die Leute einfach zum Staat, kann damit die Einkommensverteilung schön zusammengestaucht lassen und sichert ein Mindesteinkommen in der Marktwirtschaft, das den sozialen Vorstellungen entspricht.

Der Staat kann bezahlen, was er will – im Wesentlichen nach sozialen Erwägungen. Die privaten Jobs müssen dann konkurrieren können mit den staatlichen, d. h. entsprechend teuer. Da der Staat immer mehr Leute rauszieht aus dem privaten Sektor, verknappt er die menschliche Arbeit. Die Restjobs, die dann noch übrig bleiben, verlangen die hohen Löhne.

Dies ist ein möglicher Weg, der Arbeitslosigkeit vermeidet. Aber: Er ist sehr teuer. 55 Prozent des Sozialprodukts brauchen diese Länder für den Staatsanteil. Der Weg ist vielleicht besser als der deutsche. Denn, wir bezahlen die Leute dafür, dass sie nichts tun! Die Skandinavier verlangen wenigstens eine Gegenleistung. Das Schöne dabei: die Statistiken sehen auch noch viel besser aus! Dadurch, dass die Skandinavier ihren Arbeitslosen einen Schreibtisch geben, dürfen sie das Geld, das sie den Menschen zahlen, auch als Beitrag zum Sozialprodukt abrechnen. Nach der OECD-Rechnungskonvention gibt es ja mangels Marktpreisen für Staatsleistungen nur die Löhne als Maß für die Wertschöpfung des Staatssektors. Rechnerisch geht damit noch das Sozialprodukt nach oben. Aber das wäre nur ein Trick. Das ist der skandinavische Weg.

(5) Jetzt haben wir vier von fünf möglichen Wegen. Es gibt nur noch einen: den Weg der Lohnzuschüsse. Bei den Lohnzuschüssen sagen wir: Wir helfen auch als Sozialstaat! Denn, wir sichern Mindesteinkommen, und zwar die gleichen Mindesteinkommen, die in Deutschland über den dritten Weg gesichert werden. Was in Skandinavien gesichert wird, das sichern wir über Lohnzuschüsse. Wir lassen den Lohn fallen – wie es den Kräften der Globalisierung entspricht –, so dass die Jobs wettbewerbsfähig bleiben und Vollbeschäftigung entsteht. Die Löhne sind dann freilich so niedrig, dass man davon nicht leben kann. Der Staat füllt das auf und gibt ein zweites Einkommen als Lohnzuschuss hinzu. Aus diesem Zuschuss und dem Lohn entsteht ein sozial akzeptables Gesamteinkommen. Die drei letzten Wege haben das gleiche Mindesteinkommen sichergestellt, nur auf unterschiedliche Weise.

Ich glaube, das ist besser. Auf jeden Fall besser, als der deutsche Weg. Denn: indem die Menschen arbeiten, erzeugen sie Werte, die sonst nicht erzeugt worden wären. Das Sozialprodukt ist größer. Außerdem fühlen sich die Menschen integriert in die Gesellschaft. Spannungen, die wir heute haben, werden überwunden. Sie haben gewiss diese „Unterschicht“-Diskussion noch im Kopf. Wir bezahlen zur Zeit die Menschen dafür, dass sie aufhören zu arbeiten und wundern uns darüber, dass sie asozial werden! Beim anderen Weg bezahlen wir sie dafür, dass sie mitmachen.

Es gibt viele Wege, das zu tun: Bürgergeld, aktivierende Sozialhilfe, negative Einkommenssteuer. Das ist im Grunde alles dasselbe. Es sind nur unterschiedliche Vokabeln für einen Zuschussweg.

Wenig halte ich vom Kombilohnmodell der CDU, das die Arbeitgeber bezuschussen möchte. Denn, es ist aus vielerlei Gründen nicht zielgenau und berücksichtigt nicht die soziale Bedürftigkeit. Ich glaube: Das Modell des Sachverständigenrates vom Sommer letzten Jahres ist das richtige Modell!

Ja, alles das sind Wege. Was wollen wir nun? Kapitalismus pur, wollen wir sicher nicht. Etwas können wir helfen mit Investivlohn. Dies sollten wir machen. Auch Bildung müssen wir machen. Lohnersatz ist falsch! Das ist kein guter Weg. So bleiben der skandinavische Weg oder die Lohnzuschüsse. Ich halte den letzteren Weg für besser, weil die Leute so in der Privatwirtschaft statt beim Staat beschäftigt sind. Ich glaube auch, dass sie da noch produktiver tätig sein können als beim Staat. Denn dies wäre der Weg zurück in den Sozialismus. Zwar ein schleichender, aber doch ein deutlicher Weg, wenn ein Drittel der abhängig Beschäftigten beim Staat beschäftigt ist. Ich denke nicht, dass wir diesen Weg gehen sollten. Wir sollten uns aber auch nicht durch die schönen Statistiken der Skandinavier täuschen lassen.

Der aktivierende Sozialstaat, der mit Lohnzuschüssen arbeitet, ist nötig! Das kann einmal passieren über die aktivierende Sozialhilfe, ähnlich dem Bürgergeldmodell. Man arbeitet und erhält Lohn vom Staat hinzu. Ich würde allerdings demjenigen, der nicht arbeitet, wenig geben. Umgekehrt würde ich aber dafür sorgen, dass für jeden Arbeit da ist – notfalls über kommunale Jobs. Die Kommunen verleihen diese Arbeitskräfte weiter an die private Wirtschaft. Das ist der ifo-Vorschlag, den ich weiter ausführen könnte. Ähnlich ginge es bei den Alten, die wir jetzt rausstoßen oder rauslocken mit staatlichem Geld. Wir lassen sie weiter drin im Arbeitsprozess, haben sie doch ein hohes Wissen. Denn, auch wenn sie nicht mehr powern können wie die 40-Jährigen, so können sie noch sinnvoll arbeiten. Wir müssen aber einen neuen Arbeitsmarkt schaffen, auf dem ihre Löhne etwas niedriger sind als für die 40-Jährigen. Dafür erhalten die „Alten“ dann aber vom Staat eine Frührente, so dass aus Frührente und Lohn insgesamt ein sozial akzeptables Einkommen entsteht.

Also wieder die gleiche Idee: staatliche Hilfe, wenn die Markteinkommen zu niedrig sind, um Vollbeschäftigung zu sichern. Diese Hilfe aber kommt hinzu zum eigenen Einkommen, das man verdient – nicht als Alternative!

Die Idee, dass man den Sozialstaat auf der Basis eines Lohnersatzes gründet – wie in Deutschland – ist absurd! Man „hilft“ den Menschen, denen man helfen will unter der Bedingung, dass sie selber nichts tun. Das ist nicht richtig! Das ist die falsche Konstruktion! Natürlich sagen wir, wenn einer eine zumutbare Arbeit ablehnt, dann wird ihm möglicherweise was gestrichen. Theoretisch, faktisch ja doch nicht!

Denn: wenn er die zumutbare Arbeit annimmt, dann wird ihm auf jeden Fall das Geld gestrichen. Das ist das Problem! Wir müssen vielmehr das Geld hinzugeben, während er arbeitet. Dann wird es einen Mentalitätswechsel geben. Dann spreizt sich die Lohnstruktur. Dann gibt es z. B. Jobs im haushaltsnahen Bereich. Alle ökonomischen Reaktionen, die ich beschrieben habe, so den massiven Kapitalexport, die übermäßige Konzentration der Wirtschaft auf die kapitalintensiven Sektoren – wo keine Jobs entstehen – auch Mechanisierungs- und Rationalisierungsprozesse durch extrem hohe Löhne wären so schwächer und vor allem würden die Menschen wieder arbeiten in Deutschland.

Ich glaube, das ist nicht nur der effizientere, sondern auch der humanere Weg. Es ist jedenfalls die einzige Möglichkeit, sinnvoll mit den Kräften der Globalisierung fertig zu werden.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Thüringer Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Herausgeberin:

Thüringer Staatskanzlei

Abt. Öffentlichkeitsarbeit

Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt

Gestaltung: Klapproth + Koch GmbH, Weimar

Foto: Thüringer Staatskanzlei

Druck: Druckerei Schöpfel, Weimar

Der „Erfurter Dialog“ ist eine vom Thüringer Ministerpräsidenten Dr. Bernhard Vogel begründete Veranstaltungsreihe in der Thüringer Staatskanzlei. Sie knüpft an die „Assembleen“ des 18. und 19. Jahrhunderts im historischen Gebäude der ehemaligen Kurmainzischen Statthalterei an. Der „Erfurter Dialog“ bietet ein Forum des Austausches von Ansichten und Meinungen zur Zeit, einen Dialog des Aufeinanderzugehens und der Orientierung. Ministerpräsident Dieter Althaus setzt diese Reihe fort.

